

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Goldpfennig, monatlich 3,- Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 14. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Vor Luthers Beauftragung?

Erschöpfungsrennen zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen.

WTB. meldet:

Die Verhandlungen des Reichsministers Dr. Luther mit den Fraktionsoberleitern...

Man kann zwischen zwei Dauerläufern ein Wettlaufen über zehn, zwanzig oder eine sonstige Kilometerzahl veranstalten...

Die Art der Kabinettsbildung durch den Reichsfinanzminister Luther hat mit einem solchen Zermürbungsrennen gewisse Ähnlichkeit...

Das Zentrum ist schon so weit, daß es entschlossen ist, Dr. Brauns in einem Bürgerblockkabinett zu belassen...

Als ihre Ministerkandidaten werden genannt für das Reichswirtschaftsministerium Schiele...

Kampf und Ruhhandel bei den Deutschnationalen.

Ueber den Verlauf der am Dienstag abgehaltenen deutschnationalen Fraktionsführung...

Im Verlauf der Beratungen einigten sich die Deutschnationalen schließlich dahin, an Luther den formellen Antrag zu stellen...

Bemerkenswert für die Stimmung innerhalb der deutschnationalen Fraktion ist übrigens, daß den bisherigen Unterhändlern...

Luther berichtet dem Reichspräsidenten.

WTB. meldet: Der Reichspräsident empfing gegen 10 Uhr abends den Reichsfinanzminister Dr. Luther...

Kritische Stimmen im rheinischen Zentrum.

Köln, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“ beschäftigt sich am Dienstag abend mit den Versuchen Luthers...

Die „Rheinische Volksmacht“, das offizielle Zentrumsorgan, wird noch deutlicher, indem sie am Dienstag abend schreibt...

Vor der Plenarsitzung des Reichstages.

Der Ältestenrat des Reichstages ist erneut am Mittwoch nachmittag 3 Uhr, eine Stunde vor der Plenarsitzung...

Der frühere Reichstagspräsident Wallraf und der jetzige Präsident Lobe empfingen gestern vormittag im Reichstag...

7200 Mark Monatsrente.

Die Ansprüche des Großherzogs von Hessen.

Darmstadt, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Finanzausschuß des hessischen Landtages...

Am Schluß der Sitzung wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Finanzausschuß des hessischen Landtages gibt einstimmig seinem Schmerz und seiner Enttäuschung darüber Ausdruck...“

Der Streik bei den Böllischen. Der bayerische Landtagsabg. Hirschauer ist aus dem Böllischen Block ausgetreten...

Deutschland und Polen.

Ein deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen, noch kein Handelsvertrag.

Von Immanuel Birnbaum (Breslau).

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen haben vorerst nur eine vorläufige Regelung des Wirtschaftsverkehrs...

Diese Beweisführung aus der Handelsstatistik der letzten Jahre ist nicht allzu genau. Sie vergißt nicht nur, daß ein wahrnehmbar recht erheblicher Teil der deutschen Ausfuhr gerade nach Polen...

Dazu kommen aber einige Momente, deren Berücksichtigung das deutsche Interesse an geregelten Wirtschaftsbeziehungen zu Polen noch sehr viel stärker in Erscheinung treten läßt...

Trotzdem bleibt die Behauptung vom größeren Interesse der Polen am raschen Abschluß des Handelsvertrages richtig. Fällt doch nicht nur am 10. Januar die Vorzugsstellung...

Hier liegt zweifellos die eigentliche Begründung für die Hinausschiebung des endgültigen Handelsvertrages...

Aber wir müssen uns in Deutschland klar darüber werden, daß die taktische Ausnutzung dieser Schwäche des polnischen Verhandlungsstandpunktes ihre Grenzen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft selbst findet...

der nationalen Arbeit" umhängen. Freilich erscheint dieser Mantel nirgends so zerschissen als hier, wo es sich um Schutz gegen Konkurrenz handelt, die zum guten Teil von deutschen Industriellen in polnischen Ober-schlesien ausgeht und jedenfalls auch nach der teilweisen Polonisierung der ostoberschlesischen Industrie die Arbeitsprodukte großen Teils deutscher Arbeiter und Angestellter anbietet. Wirklicher Schutz der nationalen Arbeit liegt gerade in Oberschlesien nur in der Erhöhung der Löhne und Gehälter, deren Niedrighaltung den deutschen Qualitätsarbeiter zugunsten des anspruchsloseren Polen verdrängt. Zollschutz gegen ostoberschlesische Konkurrenz aber würde durch Förderung der dortigen Absatzkräfte in erster Linie die dortigen Arbeiter und Angestellten treffen, die bei zugleich wachsender Hilfsbedürftigkeit vom polnischen Staatskredit als erste aus den Betrieben herausgedrängt werden.

Doch nicht nur nationale Rücksichtnahme auf das bedrängte Grenzlanddeutschum jenseits der Grenze muß dagegen sprechen, daß die deutsche Politik nun auch ihrerseits die Verreichung des ober-schlesischen Industriegebiets fördert, soweit der Genfer Vertrag sie noch hinten hielt. Auch das Interesse der deutschen Wirtschaft diesseits der Grenze muß die Arbeits-tätigkeit des ober-schlesischen Gesamtreviers aufrechtzuerhalten suchen, wie der Hinweis auf die Werke mit Betrieben beider-seits der Grenze zeigt. Nicht der Abbau der Grund-tendenzen des Genfer Vertrages, der Oberschlesien einen Rest von Wirtschaftseinheit retten soll, darf das Ziel der deutschen Handelspolitik sein, sondern vielmehr Aus-bau dieser Bestimmungen. Wenn das Interesse der polnischen Schwerindustrie am deutschen Markt zu groß ist, so kann die deutsche Handelspolitik für die Öffnung dieses Marktes ja ihre Gegenforderungen an Polen stellen. Sie sollte vor allem der schikanösen Auslegung des Begriffs des „Veredelungsverkehrs“, durch den die polnischen Zollbehörden den Genfer Vertrag bisher zuungunsten Deutsch-lands zu entwerten suchten, durch neue genaue Abmachungen einen Riegel vorschieben. Sie sollte darüber hinaus dem deutschen Export nach Polen in diesen Verhandlungen soviel wie möglich auch die anderen bisherigen Hemmnisse aus dem Wege räumen. Damit würde sie zugleich der Entwick-lung der ober-schlesischen Industrie und der gesamten deutschen Exportindustrie und der auf Exportförderung angewiesenen deutschen Staatswirtschaft dienen. Daß diesen Interessen die der deutschen Arbeitererschaft in diesem Falle vollständig ent-sprechen, braucht wohl nicht besonders dargelegt zu werden.

Für die in Polen gelegene Schwerindustrie würde die Öffnung des deutschen Marktes eine Verbesserung ihrer Aus-sichten bedeuten, am neuen europäischen Eisen-trust beteiligt zu werden. Das Austausch dieser Aussichten hat in den einflussreichen politischen Kreisen Polens, die die Interessen dieser Industrie im Staatsleben vertreten, die Rei-gung zu einem allgemeinen deutsch-polnischen Aus-gleich offensichtlich verstärkt. Auch vom Gesichtspunkt der politischen Entlastung Deutschlands von kriegerischen Spannungen im Osten haben wir alle Ursache, diesen Wünschen entgegenzukommen. Ein Wirtschaftsausgleich kann den Boden für einen späteren politischen Ausgleich bereiten, der vor allem der deutschen Minderheit in Polen Erleichterung schaffen würde. Trotz mancher überhöhten Worte von beiden Seiten der Grenze sind die politischen Vorbedingungen dazu ange-fangs des verstärkten Drucks, den Polen vom Osten her er-teilt, nicht schlecht. Wenn die deutsche Handelspolitik das Interesse der polnischen Schwerindustrie an einen Wirtschafts-ausgleich nicht für die deutsche Volkswirtschaft auszunutzen versteht, so würde die polnische Industrie sicherlich durch direkte Konzessionen an die deutschen Eisen-industriellen ihre Aufnahme in den europäischen Eisen-trust zu erreichen suchen. In einer solchen Wendung der Dinge hätten nur die wenigen Ruhmstrolche der deutschen Schwerindustrie ein Interesse, denen hier das Gesamtinteresse der übrigen Volkswirtschaft gegenübersteht. Vor keinem Be-rater kann also die deutsche Handelspolitik in der Frage des

Wirtschaftsvertrages mit Polen nachdrücklicher gewarnt wer-den als von den deutschen Eisenindustriellen.

Das Abkommen.

Amflich wird über den Inhalt des deutsch-polnischen Abkommens mitgeteilt:

In den letzten Tagen haben zwischen den deutschen und pol-nischen Delegation Verhandlungen über ein vorläufiges Wirt-schaftsabkommen stattgefunden, die zu einem Abbruch ge-führt haben, und zwar auf der Grundlage, daß jeder der vertrag-schließenden Teile auf die in sein Zollgebiet zur Einföhrung ge-langenden Waren des anderen Teiles die jeweiligen Sätze seines allgemeinen autonomen Zolltariffs anwenden wird. Beide Län-der werden von Retorsionsmaßnahmen absehen.

Die allgemeinen Handelsvertragsverhand-lungen zwischen den beiden Ländern werden am 1. März d. J. beginnen. Die beiden Regierungen haben sich vorbehalten, zu diesem Abkommen innerhalb drei Tagen ihre Zustimmung zu erteilen.

Rechtschieber am Werke.

Unternehmer und bürgerliche Abgeordnete für gesch-widrigte Wehlgölle.

Der Zufall spielt uns ein Rundschreiben in die Hände, das an Abgeordnete der rechtsgerichteten Parteien gerichtet ist. Es bringt erneut die Bestätigung dafür, daß die Or-ganisationen der Unternehmer in Verbin-dung mit rechtsgerichteten Abgeordneten ihren parlamentarischen Einfluß zur Be-reicherung großer Gruppen ihrer Anhänger benutzen. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

Berein Deutscher Handelsmüller, Charlottenburg, den 12. Jan. 1925
E. B. Schillerstr. 5

An unsere verehrlichen Mitglieder!
Betr. Wehlgölle.

Auf verschiedene Anfragen aus Mitgliedskreisen teilen wir mit, daß im Augenblick eine Einführung von Wehlgöllen, wie sie von uns angestrebt wird, noch nicht durchzuführen ist, weil ein Reichs-kabinett noch nicht gebildet ist, wie überhaupt die ganze parlamentarische Lage derzeit völlig unklar ist. Es wird sich in diesem kritischen Stadium für uns in der Hauptsache darum handeln, dem sehnlich oder kommenden Reichsernährungsminister durch Befürwortung aus den Kreisen der Reichstagsabgeordneten, und zwar nicht nur der beiden Rechtsparteien, sondern auch des Zen-trums und soweit möglich der Demokraten, den Rücken zu stärken für eine Einführung von Wehlgöllen auf dem Verordnungs-wege auch wenn oder gerade weil das Schicksal der Getreide-zollvor-lege noch fraglich erscheint. Es ist hierbei zu beachten, daß die Gegner nicht gegen die Getreidezölle u. B. größer ist als die gegen die Wehlgölle, da selbst ziemlich linksstehende bürgerliche Abge-ordnete die Notwendigkeit eines Schutzzolles für die Mülerei aner-kennen.

Unserem Ersuchen an die Mitglieder, sich mit ihren Abgeord-neten oder ihnen bekannten Parlamentariern wegen Befürwortung der Wehlgölle in Verbindung zu setzen, ist selber nur zu einem Teil entsprochen worden. Wir möchten diese Bitte daher dringlichst wiederholen und gleichzeitig hinzufügen, daß es sich zu-nächst empfehlen würde, wenn die betreffenden Reichstagsabgeord-neten veranlaßt werden könnten, sich direkt gegenüber dem sehnlich bzw. kommenden Reichsernährungsminister befürwortend für die beschleunigte Einführung von Wehlgöllen auszusprechen. Es wäre dies zweckmäßiger, als wenn Reichstagsabgeordnete im Reichstags selbst eine Interpellation an die Reichsregierung wegen der Notwendigkeit der Einführung von Wehlgöllen richten würden. Denn eine solche Interpellation würde erst eine Festrede im Plenum über die Wehlgollfrage veranlassen, und die Gegner der Wehlgölle im Parlament zu einer gegnerischen Stellungnahme und Einfluß-nahme der Öffentlichkeit gegenüber bringen, während eine persön-liche Befürwortung der Wehlgölle beim Reichsernährungsminister durch Abgeordnete nicht sofort in die Öffentlichkeit käme und so die Möglichkeit böte, die Wehlgölle auf dem Verordnungswege ohne voraufgehenden Lärm der Gegner einzuführen.

Weiter empfehlen wir unseren Mitgliedern dringend, sich mit den Vertretern ihres Landes im Reichsrat wegen wohlwollender

Stellungnahme für die Wehlgölle oder wenn möglich, wegen Stellung eines Initiativantrages auf sofortige Einführung von Wehlgöllen auf dem Verordnungswege infolge der großen Notlage der Mülerei, die die Zurückstellung eines Schutzzolles bis zur Einführung von Getreidezöllen verbietet, in Verbindung zu setzen.

Hochachtungsvoll
Berein Deutscher Handelsmüller
Der Geschäftsführer
(gez.) Matti

Unter Ausschaltung des Parlaments soll also der Reichs-ernährungsminister zu einer geschwidrigen Hand-lungsweise veranlaßt werden. Nur deshalb, weil die Einführung von Wehlgöllen zu einer wesentlichen Erhöhung der Wehlpreise und größerem Profit für die Weh-ländler führen würde. An diesem Rundschreiben mag man erkennen, wie unwahr und heuchlerisch der Kampf der Rechtsparteien gegen die Korruption ist.

Sozialdemokratische Agrarpolitik.

Zu der ersten Reihe von Anträgen, die dem neuen Reichstag vorliegen, gehört auch ein großer Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der die bodenreformerischen Bestrebungen wieder aufnimmt, wie sie bereits in früheren sozialdemokratischen Anträgen ihren Niederschlag gefunden haben. Verlangt wird, daß die von der Reichsverfassung verordnete Reform der Bodenver-teilung und Bodenbenutzung mit dem Ziele der Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrags sofort durchzuführen ist. Das Privateigentum am Boden wird beschränkt auf 750 Hektar landwirtschaft-lichen oder 100 Hektar forstwirtschaftlichen Bodens. Der über-schüssige Teil ist gegen eine angemessene Entschädigung in der Höhe des zur Vermögenssteuer veranlagten Wertes der Grundstücke zu zahlen. Der Boden verbleibt im Eigentum des Reiches. Der land-wirtschaftlich benutzte Boden soll derart verwendet werden, daß alle Formen der landwirtschaftlichen Siedlung befähigt werden. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe sind bis zur Mindestgröße einer Uternahrung auszugestalten. Ge-schlossene Güter können unter Mitwirkung der Angestellten und Ar-beiter bei der Verwaltung in öffentliche Bewirtschaftung durch Reich-Länder und Gemeinden oder auch durch Genossenschaften übernommen werden. Entzelter landwirtschaftlicher Boden darf zur Nutzung nur in langfristiger Pacht, Erbpacht oder noch Heimstättenrecht ver-geben werden. Bei Restücklungen sollen die auf dem enteigneten Boden bisher beschäftigten Arbeiter besonders berücksichtigt werden. Arbeiter und Angestellte, die durch die Veränderung der Besitzverhält-nisse ihre Arbeitsstätte verlieren, sind zu entschädigen. Der Bau von freien Landarbeiterwohnungen ist zu fördern. Das Reich erhält das Vorkaufsrecht bei allen Grundstücksverkäufen. Das landwirt-schaftliche Genossenschaftswesen und seine Verbindung zum unmittel-baren Austausch mit den Verbrauchergenossenschaften soll mit allen Mitteln gefördert werden. Ein besonderer Schutz ist den Pächtern und Kleingärtnern durch Ausgestaltung des Pachtvertrages und durch Erschließung von Land zugebacht. Ein alsbald zu er-lassendes Bodenbewertungsgesetz soll für die Ermittlung des Steuer- und Kaufwertes der Grundstücke dienen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktions-steigerung soll ein Reichsbodenbewirtschaftungsgesetz erlassen werden, dessen Zweck es ist, die Landwirte zur intensiven Ausnutzung ihres Bodens zu veranlassen. Aber nicht nur dieser gesetzliche Zwang, der ja nur einseitig wirken kann, wird gefordert; vielmehr soll das Ziel erreicht werden durch die energische Förderung aller der Bodenverbesserung, dem Verkehr mit landwirtschaftlichen Gütern und der Erhaltung von Vieh- und Kraftzentrallen dien-lichen wirtschaftlichen Maßnahmen. Insbesondere soll des landwirtschaftliche Fach- und Fortbildungsschulwesen und das land-wirtschaftliche Beratungswesen ausgebaut werden.

Soweit die Grundzüge des Antrages, bei dessen Beratung sich deutlich genug zeigen wird, ob die bürgerlichen Parteien gewillt sind, ihre Versprechungen gegenüber der Landwirtschaft und besonders den kleinen Landwirten zu halten. Wird der Antrag ange-nommen, so ist der entscheidende Schritt zu einer gerechten Boden-Verteilung und einer wirksamen Produktionssteigerung getan.

Wenn sie 100 000 M. geschenkt bekämen!

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Der Kleinrentner: Ich würde das Geld auf die Bank legen und es gegen ganzjährige Kündigung anlegen.

Der Hausbesitzer: Ich habe zwar an meinem Hause nichts als Kerger und muß fortwährend zusehen. Trotzdem aber würde ich das Geld in Grundstücken anlegen.

Der Spekulant: Ich wäre schon dumm, wenn ich verraten würde, was ich mit dem Geld anzufangen gedenke!

Der Beamte: Ich ließe mich freiwillig abbauen!

Der Privatangestellte: Ich würde meinen Alten ein-mal gründlich die Meinung sagen!

Der ewige Brautgamb: Ich würde sofort heiraten, aber meine jetzige Braut auf keinen Fall!

Der Prospektverkäufer: Im nächsten Auffatz würde ich meine wirkliche Ansicht äußern.

Der Patriot: Ich würde das Geld in ausländischer Wäh-rung anlegen, für alle Fälle!

Ein ganz Frommer: Die Zinsseszinseszinseszinsen lasse ich der Kirche zukommen, und wenn man mir zweiel Kirchensteuern aus-brennt, gebe ich in eine Sekte, die billiger ist, oder trete ganz aus der Kirche aus!

Der Backfisch: Ich würde jeden Tag Lortie mit Schlaghahne kaufen, mir ein Auto und eine Villa kaufen, sowie einen Iyrischen Dichter heiraten.

Ein Abgeordneter: Ich würde meine Reden in je 500 000 Stück drucken und an alle Plotschäulen lieben lassen. Natürlich auf eigene Kosten!

Ein Wohlthäter: 10 000 M. würde ich wohlthätigen Zwecken vermachen, die gleiche Summe dazu ausgeben, daß es allgemein bekannt wird und den Rest für mich verwenden.

Ein Mißtrauischer: Das sind sicher nur 100 000 Papier-marl!

Ein erfolgloser Bekker eines Dringlichkeits-ausweises: Ich würde mir eine sehr geräumige Villa bauen lassen und aufs Wohnungsamt pfeifen!

Ein unterer Beamter: 100 000 M.! Gibt es denn über-haupt soviel Geld?

Ein Deutschvölkischer: Ich würde mich mit einem ge-richtigen Geschäftsmann zusammen-tun. Aber mit einem ganz ge-richtigen. Und wenn's ein Jude ist!

Ein Querschnitt: Ich würde eine neue Zeitung herausgeben, eine neue Partei gründen und mich als Kandidaten aufstellen lassen!

Der Gelehrte: Ich würde meine im Jahre 1916 abgebro-chenen Forschungen darüber wieder aufnehmen, ob Kant seit 1781 seinen Grundfragen im Gebrauch des Semitons treu geblieben ist oder nicht, und die Ergebnisse meiner Forschungen in einem mehr-bändigen Werke veröffentlichen.

Der Philister: Ich würde wöchentlich fünfmal mein Stammlokal besuchen; jedesmal drei Glas mehr trinken als bisher; täglich drei Zigarren zu 25 Pfg. rauchen; das Lageblatt allein hal-ten, statt mit meinem Nachbar zusammen zu lesen; im Winter jeden Tag die gute Stube heizen lassen; dem Militärverein eine neue Fahne spenden; usw. usw.

Der Anhänger des alten Systems: Für drei Viertel des Geldes ließe ich die Monarchie wieder herstellen. Dann genügen die übrigen 25 000 M., ein angenehmes Leben zu führen.

Der Kommunist: Ich würde für das Geld soviel Unsin-n schwätzen und Krach machen, als nur möglich ist.

Der Bohemien: Ich würde leben, leben und nochmals leben!

Ein Kapitalist: Ein rechter Dreck!

Meine Wenigkeit: Gebt mir erst das Geld! Dann werdet ihr schon sehen, was ich damit anfangel!

Shaw über den Rückgang der französischen Literatur. Die Pariser Literatur-Zeitschrift „Les Nouvelles Littéraires“ veranstaltet eine Rundfrage über den Einfluß der französischen Literatur auf das jetzige Ausland. Die meisten Antworten sind recht negativ, besonders die von Bernhard Shaw. Die Fragen lauten folgendermaßen:

1. Welches ist der gegenwärtige jetzige Stand des Einflusses der heutigen französischen Literatur auf die Literatur Ihres Lan-des ausübt? Ist dieser Einfluß im Rückschritt oder Fortschritt?
2. In welchen Gebieten zeigt er sich am stärksten: Roman, Theater, Poesie, Essay?
3. Welche „Schule“ oder welche „Richtung“ stellt in Ihren Augen am neuesten den französischen Geist dar?
4. Welche sind schließlich die Schriftsteller und die Werke, die Sie am meisten schätzen und die im literarischen Publikum Ihres Landes den größten Ruf besitzen?

Shaw antwortete: „1. Dieser Einfluß ist heute nicht mehr vorhanden. Zola hat George Moore vor vierzig Jahren beeinflusst und Anatole France prägte sich zehn Jahre später K. B. Wallken ein — seitdem nichts mehr.“

2. In keinem.
3. Der französische Geist wird literarisch nunmehr nicht mehr vertreten; nicht einmal in den französischen Zeitungen, die trotztlos amerikanisiert sind, kann er keinen Ausdruck finden.
4. Ich bin ein alter Mann, der gelegentlich Molière liest, aber ich kann keine Ähnlichkeit zwischen seinem Werk und den Werken der modernen französischen Autoren finden, die, wenn sie nicht trost-los paritätisch und unmodern sind (die Selbstzufriedenheit wird der Ruin Frankreichs sein!), in ihren Gefühlen und Erscheinungen international sind und so die europäische Bewegung aufnehmen und nicht die charakteristisch provinzielle Unbegreiflichkeit der französischen Kunst.“

Dramatiker als Kritiker. Der Verband Deutscher Bühnenschrift-steller und -komponisten beschäftigte sich in seiner Mitgliedsver-sammlung mit der Frage, ob ein Kritiker, der gleichzeitig Autor ist, ein Theater besprechen darf, bei dem er Bühnenwerke eingereicht

hat. Es wurde der Kompromißantrag angenommen: „Mitglieder des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller und Deutscher Bühnen-komponisten dürfen über die Aufführung des Theaters nicht schreiben, dem sie Bühnenwerke zur Uraufführung eingereicht haben.“

Esperanto auf dem Marne. Das Interesse für das Problem einer Weltverkehrssprache ist in immer weiteren Kreisen wach. Das bewies eine vom Berliner Esperanto-Verband nach dem frühe-ren preußischen Herrenhaus einberufene, massenhafte besuchte Werbe-versammlung, in deren Verlauf manche kaum bekannte, für die all-seits beginnende Wertung des Esperanto bezeichnende Tatsachen der Allgemeinheit mitgeteilt wurden. So hat die Umfrage einer Zeit-schrift für Radio vor etwa Jahresfrist das seltsame Ergebnis gehabt, daß die von 70 000 Lesern beantwortete Frage: Was wollen Sie mit Ihrem Empfänger hören?, von 30 000 Lesern mit dem Wunsch, Esperanto-Unterricht durch Radio zu erhalten, beantwortet wurde. Wie sehr man die Erfindung Jamenhofs, des Wakers dieser logisch erdachten, einfach und harmonisch aufgebauten Welt-sprache, auch in diplomatischen Kreisen bereits geschätzt, beweist die Tatsache, daß der Völkerverbund Telegrammen in Esperanto die Rechte einer offenen Sprache zuerkantete. In den Monaten Januar bis März 1925 finden auf englische Anregung in Deutschland, Eng-land, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Polen, in der Türkei, Sowjetland und in Unsoarn nach einheitlichen Gesichtspunkten aeseleite Esperanto-Unterrichtskurse für Junce Kaufleute statt. Und in Berlin wird sich demnächst eine besonders bevollmächtigte konsularische Delegation für alle Esperantisten niederlassen. Das Kuriosum, daß eine Welt-sprache, die sich übernational auswirken soll und fern von allen politischen Absichten steht, sich die Einrichtungen der nationalen Diplomatie zu eigen machen konnte, spricht am deutlich-sten für die Weltproblematik des Esperanto, das nach fast vier Jahr-zehnten jähren Kampfes sich die Einsicht der Welt erobert.

In der Kammer-Oper müssen infolge Erkrankung die Vorstellungen bis inkl. 17. Januar ausfallen. Die erste Vorstellung findet erst wieder am Sonntag, 18. d. M., statt.

„Oslo“ macht Schule. In Norwegen scheint man sich nicht mit der Um-tausung der Landeshauptstadt begnügen zu wollen. Von mehreren Städten ist bereits der Wunsch geäußert worden, einen rein norwegischen Namen zu wählen und alle Erinnerungen an die Zeit der dänischen Herrschaft aus-zuwischen. Christianland wird in Zukunft Storeland heißen, Trondheim — Nidaros und Bergen — Bjergnän.

Der Kampf um Totenkamens Grab ist nach einer Meldung der „Times“ zwischen der ägyptischen Regierung und Lord Carter gütlich beigelegt worden. Carter wird die Erbschaft des Grabes fortsetzen.

Belebung der türkischen Junggeister. Die türkische Nationalver-sammlung befaßt sich zurzeit mit einem Begegnungswort, in dem vorzulesen ist, alle Junggeister und die kinderlos Verheirateten mit empfindlichen Gesinnung zu belegen.

Der Bau des bulgarischen National-Theaters ist einem deutschen Architekten, dem Erbauer des Duisburger Stadttheaters, Professor Martin Müller, übertragen worden. Am dem Weltberühmte halten sich kanonische, italienische und englische Architekten beteiligt.

Schnee in der Wüste. Während wir uns zum Leidwesen aller Freunde des Wintersports linden Föhnwindstürmen erfreuen, herrscht in ganz Arabien grimmiger Winter. In Bagdad hat es wiederholt geschneit, und selbst in Galmata ist Schnee gefallen. Das Unerhörte aber ist: selbst die heiße Wüste ist von einer Schneedecke in Höhe von 25 Zentimetern bedeckt.

Deutscher Gegenvorschlag in Paris.

Eine Erklärung der deutschen Handelsdelegation.

Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die ungemöhnlich heftigen Angriffe der Pariser Presse gegen Deutschland wegen der endgültigen Ablehnung des von Frankreich vorgeschlagenen Modusvivendi-Abkommens erwidert die deutsche Delegation am Dienstag mit folgender halbamtlicher Darstellung:

Gegenüber den einflussreichen Nachrichten der französischen Presse ist es erforderlich, einen kurzen Rückblick über den bisherigen Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu geben. In dem ersten Verhandlungsabschnitt wurde in dem Protokoll vom 12. Oktober 1924 die Grundlage gefunden, auf der sich ein deutsch-französischer Handelsvertrag aufbauen sollte. Auf der Grundlage dieses Protokolls übernahm die deutsche Delegation bei Beginn des zweiten Verhandlungsabschnittes im November einen Entwurf zu einem allgemeinen Vertragsschema. Am 30. Dezember wurde ein französischer Provisoriumsentscheidungs vorschlag übergeben, der weder der in den bisherigen Verhandlungen gefundenen Basis noch den Richtlinien des von der deutschen Delegation übergebenen Entwurfs zu einem allgemeinen Vertragsschema Rechnung trug. Es ist darauf hinzuweisen, daß bereits bei den Verhandlungen in London von deutscher Seite erklärt wurde, daß ein deutsch-französischer Handelsvertrag nicht eine Fortsetzung der im Vertrag von Versailles vorgesehenen wirtschaftlichen Vorrechte enthalten dürfe. Der französische Provisoriumsentscheidungs vorschlag stellte aber in wesentlichen Punkten, insbesondere hinsichtlich einer teilweisen Aufrechterhaltung der für Elsass-Lothringen bestehenden zollfreien Kontingente tatsächlich eine bloße Wiederholung von Vorschlägen dar, die Deutschland nicht nur in London, sondern auch bei den Verhandlungen in Paris stets abgelehnt hat. Nach Ablehnung des französischen Provisoriumsentscheidungs vorschlags übergab am Montag die französische Delegation einen neuen Vorschlag, der zurzeit einer eingehenden Prüfung durch die deutsche Delegation unterliegt. Dieser Vorschlag stellt eine völlige Veränderung der Verhandlungsbasis dar. Er sieht nur ein beschränktes Meistbegünstigungsrecht vor und verläßt damit die Basis des von beiden Seiten in den bisherigen Verhandlungen zugrunde gelegten Protokolls vom 12. Oktober. Voraussetzungsweise wird die deutsche Delegation morgen der französischen auf ihren Vorschlag antworten, vielleicht auch einen Gegenvorschlag übermitteln. Aus diesem Ueberblick ergibt sich, daß die in der französischen Presse vertretene Auffassung, daß von deutscher Seite keine positiven Vorschläge gemacht worden sind, nicht den Tatsachen entspricht.

Dazu schreibt der „Sozialdemokratische Pressedienst“:

So weit die amtliche Darstellung der deutschen Delegation. Es ist in der Tat eine völlig tendenziöse Darstellung, wenn von französischer Seite erklärt wird, daß bisher alle Zugeständnisse von Frankreich gemacht worden seien und man auf deutscher Seite absichtlich die Verhandlungen verkompliziert habe. Die Forderungen, die Frankreich in den verschiedenen, von seiner Delegation überreichten Vorschlägen erhoben hat, waren tatsächlich unvereinbar mit den elementarsten Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft. Frankreich forderte darin nicht nur die Aufrechterhaltung der zollfreien Einfuhr für Elsass-Lothringen, sondern auch beträchtliche Tarifermäßigungen für seine anderen Ausfuhrartikel, ohne dagegen Deutschland irgendwelche positiven Zugeständnisse zu machen. Es war prinzipiell zugelegt worden, daß die wichtigsten deutschen Einfuhrartikel in den Genuss des französischen Minimaltariffes treten. Dieses Zugeständnis wurde aber praktisch illusorisch gemacht durch die Novelle zum französischen Zollgesetz, die den Minimaltariff gerade für diese Artikel auf durchschnittlich 200 Prozent, teilweise sogar bis auf das Dreifache der bisherigen Höhe hinausschraubt. Die deutsche Delegation mußte unter diesen Umständen solche Vorschläge ablehnen.

Wenn ihr ein Vorwurf zu machen ist, so ist es vor allem der, daß sie die Verhandlungen sehr passiv geführt und nichts unternommen hat, um der Gegenseite die nimmere zu geschickter Propaganda ausgenutzten Argumente aus der Hand zu schlagen, nämlich Deutschland wolle sich für die Nichträumung der Kölner Zone rächen. Unaufgeklärt ist darüber hinaus noch immer, warum die deutsche Delegation, die noch zu Ende des zweiten Verhandlungsabschnittes sich zu einer „Verlängerung des Verhandlungsspielraums“ durch Schaffung eines auf wenige Wochen beschränkten Provisoriums bereit erklärt hatte, nach ihrer Rückkehr jedes Zwischenabkommen abgelehnt hat. Hier scheint die französische Presse nicht ganz unrecht zu haben, wenn sie die treibende Kraft dafür bei der deutschen Schwerindustrie sucht, die einen Druck zur Annahme der von ihr vorgeschlagenen privatwirtschaftlichen Abmachungen auszuüben versucht haben.

Im übrigen läßt die deutsche Darstellung durchblicken, daß die Alarmnachrichten der französischen Presse von dem endgültigen Abbruch der Verhandlungen verklärt gemessen sind und man jedenfalls auf deutscher Seite nach wie vor das Bestreben hat, zu einer Verständigung zu gelangen, die nicht nur im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft liegt, sondern auch von hohem allgemeinen politischen Interesse ist. Denn man wird sich darüber keinen Illusionen hingeben dürfen, daß ein endgültiges Scheitern der Verhandlungen einen sehr verhängnisvollen Einfluß auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen über die Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes haben würde, die ohnedies durch die angelegentlich vorausgesetzliche Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung kaum erleichtert werden.

Breitscheids „Landesverrat“.

Ein Prozeß gegen völkische Verleumder.

Leipzig, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Amtsgericht in Leipzig wurde am Dienstag ein Beleidigungsprozeß des Genossen Breitscheid gegen den verantwortlichen Redakteur der inzwischen eingegangenen „Mitteldeutschen Rundschau“ in Leipzig verhandelt. Dieses völkische Wirtelorgan hatte im Juni letzten Jahres gegen Breitscheid den Vorwurf des Landesverrats erhoben und den Oberreichsanwalt gegen Breitscheid zu hegen versucht, weil dieser in der Zeit der Liquidierung des Ruhrunternehmens vom französischen Ministerpräsidenten Herriot empfangen worden war. Kläger und Beklagter waren durch ihre Rechtsanwältinnen vertreten und nicht persönlich erschienen. Der Angeklagte übernahm die Verantwortung für den Artikel, sein Vertreter hielt es aber nicht für nötig, irgendeinen Beweis für die Behauptung des Landesverrats anzutreten. Dieser völkische Bertelbeger leistete sich vielmehr nur den Scherz, Herriot als Zeugen vorzuschlagen. Demgegenüber wies der Vertreter Breitscheids darauf hin, daß seine damalige Reise nach Brüssel in Zusammenhang mit der Reichsregierung erfolgte und der Erreichung einer allgemeinen Amnestie für die politischen Gefangenen im Ruhrgebiet galt. Das Urteil wird am Mittwoch ergehen.

Noch immer Untersuchung des Rathenau-Mordes. Zum Zwecke von Zeugenvernehmungen in der Rathenau-Mordache mußte dieser Tage der Untersuchungsrichter am Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, Bundesgerichtsdirektor Richter aus Leipzig, in München.

Reichsbanner beim Reichspräsidenten.

Gegen den schwarzweißroten Verleumdungsfeldzug.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, die republikanische Schutzorganisation, die trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits mehrere Millionen Mitglieder umfaßt, veranstaltete in den gestrigen Abendstunden auf dem Gendarmenmarkt eine große Kundgebung für den Reichspräsidenten, gegen das Magdeburger Urteil und für eine Regierung auf republikanischer Grundlage. Auf Einladung hatten sich etwa 4000 Reichsbannerkameraden eingefunden. Gegen 8 Uhr rüdten die einzelnen Kameradschaften mit ihren Fahnen an und nahmen auf dem Platz vor der Freitreppe Aufstellung. Nach dem Anzünden der Fackeln hielt

Kamerad Nowak

folgende Ansprache: Kameraden! Am 7. Dezember haben wir die Wahlschlacht siegreich für die Republik geschlagen. Drei Millionen Stimmen sind für die republikanischen Parteien mehr als bisher abgegeben worden. Eine Million Stimmen mehr haben eben dieselben Parteien erhalten als die Vertreter und Vorkämpfer des Bürgerblods. Und die Folgen dieses republikanischen Wahlsieges sind unerhörte Hege gegen die Republik und ihren obersten Führer, unseren Reichspräsidenten Ebert. Die Reaktion hat eine Generaloffensive gegen diesen Führer der Deutschen Republik eröffnet, weil sie weiß, daß hier ein Mann steht, der nicht mit sich spielen läßt. Obwohl alle anständigen Menschen in Deutschland — ganz gleich welcher Partei auch immer sie angehören — die Grundlage dieses Verleumdungsfeldzuges, das ungeheuerliche Urteil im Magdeburger Prozeß ablehnen, dient es einer heberischen Presse als Grundlage für ihre Verleumdungen. Mit Gewalt versucht man daneben — obwohl das Gegenteil erwiesen ist — den Reichspräsidenten in den Schmutz der Finanzaffären der letzten Tage hineinzuziehen. Dem „Lokal-Anzeiger“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bleibt das Verdienst, die Führung in diesem Verleumdungsfeldzug zu haben. Man kämpft hier mit denselben Waffen, mit jenem Geist von Boisdam, den wir mit unseren Nasen bei unserem Aufmarsch am 26. Oktober vorigen Jahres in jener Gegend in seinem penetranten Geruch feststellen konnten.

Uns treibt die Empörung über diese Dinge hierher und der Wunsch, dem Reichspräsidenten zu versichern, daß wir ihm stets Kraft und Hilfe werden für das, was er bisher für Deutschland geleistet hat. Und daß wir ihn unterstützen wollen bei dem schweren Kampfe, der uns noch bevorsteht.

Und während so ein Verleumdungsfeldzug gegen den Führer des Deutschen Reiches unternommen wird, wird von denselben Kreisen in der Stunde höchster Not des Vaterlandes das Zustandekommen einer Regierung verhindert. Mit Gewalt will man das Wahlergebnis des 7. Dezember verfälschen und uns eine Regierung geben, die einer Bürgerblodregierung vollkommen ähnlich ist. Aber wer da glaubt, weil er die Presse beherrscht, auch das Volk zu beherrschen, irt sich gewaltig. Das deutsche Volk hat sich im Innern sein Selbstbestimmungsrecht genommen und wird es sich nicht wieder nehmen lassen, sondern jedem auf die Finger klopfen, der danach greift. Wir können uns wohl mit Recht zum Sprachrohr der republikanischen Masse unseres Volkes machen. Und so ruhen wir dem Reichspräsidenten zu:

Das Volk erwartet eine starke und zuverlässige republikanische Regierung.

Ebenso sehr wie wir die Angriffe, die gegen die Republik von innen her unternommen werden, zurückweisen, müssen wir auch denen entgegenwirken, die von außen her unser Recht zu schmälern trachten. In diesen Tagen schlug die Stunde, da Rän und das nördliche Rheinland von der fremden Befehung befreit werden mußten. Das ist entgegen dem Recht und den internationalen Abmachungen nicht geschehen. Wir grüßen in dieser Stunde unsere Brüder am Rhein und rufen ihnen zu, daß wir Republikaner ihnen treue Helfer sein wollen im Kampf um ihr

Der Sinn des Konkordats.

Bayern als souveräner Staat.

München, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag nachmittag trat der bayerische Landtag zusammen, um die Entscheidung über das Konkordat und die protestantischen Kirchenverträge herbeizuführen. Der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei hielt eine längere Rede, in der er die bevorstehende Abstimmung das bedeutendste Ereignis nannte, das sich je im bayerischen Landtag abgespielt habe. Das Konkordat habe nicht nur kirchenpolitische und allgemeinspolitische, sondern geradezu weltpolitische Bedeutung insofern, als es ein Akt der Souveränität sei, der das bayerische staatliche Hoheitsrecht zum Ausdruck bringt. Durch das Konkordat würde Bayern von der ersten Macht der Welt als gleichberechtigter anerkannt. Der Redner, Domprobst Wohlmuth, schloß mit einem „herzinnigen Gruß an das ewige Rom“.

Hierauf legte Genosse Dr. Högner in 24stündigen Ausführungen den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion dar. Die sozialdemokratische Fraktion halte eine völlig neue Bearbeitung des Konkordats für unbedingt notwendig, damit es zum mindesten mit den Bestimmungen der Reichs- und der bayerischen Verfassung in Einklang stehe. Die schwersten Bedenken beständen aber gegenüber dem vorgesehene Verhältnis zwischen Kirche und Schule. Abgesehen von den mit den Bestimmungen der Verfassungen im Widerspruch stehenden Artikel habe das Konkordat eine besonders bedeutende kulturpolitische Seite. Denn durch die Verbindlichkeit und Dehnbarkeit der schulpolitischen Bestimmungen des Konkordats könne und werde die Volksschule in Bayern auf Grund dieser Kirchenverträge zu der wirklichen „Tochter der Kirche“ werden, da das gesamte Unterrichtswesen auch in den weltlichen Fächern der Aufsicht der Kirchenbehörden unterstellt wird. Der bisherige Rechtszustand werde durch das Konkordat grundlegend geändert. Die Folgen für das gesamte Staatswesen und für die künftige Kulturpolitik in Bayern seien unannehmbar. Jeder Fortschritt der freien Wissenschaft werde grundsätzlich aus der Schule verbannt, die Lehrerschaft unter kirchenpolitische Aufsicht gestellt. Die schulpolitischen Bestimmungen der Verträge bräuten eine Gefährdung der weltlichen Schule und eine Besneidung der Gesehung des Reiches. Die Sozialdemokratie stemme sich einer Entwicklung entgegen, die den Volksschullehrer wieder zum Kirchentnecht mache. Aus diesem Grunde könne sie dem Konkordat ihre Zustimmung nicht geben. Sie sehe sich vielmehr gezwungen, grundsätzlich gegen das ganze Konkordat zu stimmen.

Einigung Giolitti-Salandra-Orlando.

Rom, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das wichtigste politische Ereignis ist der am Montag erfolgte Zusammenschluß der führenden Politiker Giolitti, Salandra und Orlando. Seit dem Mai 1915 ist es das erste Mal, daß die seitdem getrennte Wege gehenden Giolitti und Salandra wieder gemeinsame Sache machen. Am Montag Abend hat eine Konferenz der beiden stattgefunden, um gemeinsame Richtlinien zu finden. Am Dienstag Abend fand dann eine Versammlung der oppositionellen Abgeordneten

Recht. — Wenn auch Schwarz-Rot-Gold allenthalben auf Schwärzlichen steht; das Ziel, das wir ihm gesetzt haben, wird es doch erreichen und Führer auf diesem Wege soll uns unser Reichspräsident Ebert sein.

Danach wurde ein Frei Heil auf den Reichspräsidenten Ebert ausgebracht und eine Abordnung unter Führung des Gauvorsitzenden, Kameraden Koch, und der Kameraden Dr. Hammerich und Ministerialrat Dr. Schaffke gewählt und beauftragt, dem Reichspräsidenten die Grüße der Versammlung zu übermitteln. Die Abordnung wurde vom Reichspräsidenten in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Meißner empfangen und

Kamerad Koch

hielt dann folgende Ansprache: Hochverehrter Herr Reichspräsident! Tausende von Kameraden sind heute Abend auf einem der größten Plätze Berlins zusammengekommen. Die Empörung über die unglaublichen Verleumdungen und die verbrecherische Hege, die gegen Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, als das Haupt des Deutschen Reiches, unternommen wird, hat die Kameraden zusammengebracht. Wenn die Kameraden auch wissen, daß diese Verleumdungen Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, nicht erreichen, so drängt es uns doch dazu, Ihnen zu danken für all das, was Sie, vom hohen vaterländischen Pflichtgefühl geleitet, für Deutschland in den letzten Jahren geleistet haben. Wir sind uns klar darüber, daß die ganze Hege den Zweck verfolte, die Parteien, die Gegner des demokratischen Gedankens und damit auch der republikanischen Staatsform sind, an die Macht gelangen zu lassen. Wir haben die feste Zuversicht, daß Sie, Herr Reichspräsident, in der augenblicklichen schweren Lage der deutschen Republik den Weg finden werden, der dem am 7. Dezember zum Ausdruck gebrachten

Wunsch der überwiegenden Masse des deutschen Volkes nach einer starken und zuverlässigen republikanischen Regierung gerecht wird. Wir bedauern, daß in einem Moment, wo das gesamte deutsche Volk zusammenkommen müßte, um die außerordentlichen Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die Nichträumung der Kölner Zone entstanden sind, keine feste republikanische Regierung vorhanden ist, welche nach den bisherigen Erfahrungen am besten imstande ist, die Schwierigkeiten zu lösen.

Wir erblicken in Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, den Mann, der in der Schaffung einer wahren deutschen Volksgemeinschaft bisher den richtigen Weg gesungen ist und sind gewiß, auch weiterhin Sie als Führer in dieser Frage anzuerkennen. Seien Sie versichert, daß wir Republikaner treu und unerschütterlich hinter Ihnen stehen bei der Erfüllung dieser Aufgabe, und Ihnen helfen wollen, den wahren und freien deutschen Volksstaat aufzubauen.

Reichspräsident Ebert:

Ich danke Ihnen herzlich für das, was Sie mir gesagt haben. Ihre Worte waren mir eine persönliche Genugtuung bei all den Widerwärtigkeiten der letzten Wochen. Sie müssen sich aber klar darüber sein, daß Ihre Wünsche nicht restlos erfüllt werden können, da mir durch die Verfassung bestimmte Grenzen gesetzt sind, die ich nicht gewillt bin, zu überschreiten. Ich werde natürlich freudig, wie ich es bisher getan habe, meine Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllen und bitte Sie, Ihren Kameraden meine herzlichsten Grüße und meinen Dank übermitteln zu wollen.

Nachdem am Gendarmenmarkt die Versammelten das Reichsbannerlied gesungen hatten, bildeten sich zwei große Fackelzüge. Der eine zog in losen Gruppen durch die Leipziger Straße und formierte sich hinter der Pantheone, um dann durch den Bismarckplatz nach dem Kurfürstendamm zu ziehen, wo die Fackeln zusammengeworfen wurden. Der zweite Zug zog durch die Königsstraße nach dem Alexanderplatz, wo er sich gleichfalls auflöste.

in Anwesenheit Giolitti, Salandras und Orlando statt. Ihr Zweck war, eine Beschlussefassung über einen Antrag zur Geschäftsordnung herbeizuführen, jede Beratung des Wahlgesetzes abzulehnen, da die Regierung aus politischen und prinzipiellen Gründen nicht fähig sei, die Wahl durchzuführen. Während also die der Kammer fernbleibende Opposition der Regierung die Qualifikation zur Durchführung von Neuwahlen aus moralischen Gründen ablehnte, mochte die Opposition innerhalb der Kammer aus politischen prinzipiellen Gründen gegen sie Front.

Der Kampf der Presse Mussolinis gegen die Freimaurerei geht mit den schärfsten Mitteln weiter. Nur der „Messaggero“, dessen frühere intime Beziehungen zur französischen Volkspartei bekannt sind, windet sich in Wortkrämpfen, um zur Rede gegen die Freimaurerei zu raten. Auch die „Tribuna“ ist bei ihren alten demokratischen Beziehungen in einer schwierigen Lage bei dem von der Regierung anbefohlenen Kampf gegen die Logen.

Die Kammer wählte am Dienstag mit einer lächerlich kleinen Stimmzahl — 240 gegen 40 weiße Zettel — den Abg. Casertano als Präsidenten. Casertano ist ein alter Parlamentarier, ein ehemaliger Demokrat und Freimaurer, ein richtiger Neapolitaner des Landstriches, wo die Comorra blüht, ohne Bedeutung, aber stets gefällig.

Painlevé wieder Kammerpräsident.

Wahlenthaltung der Poincaristen.

Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Kammer und Senat wurde am Dienstag nachmittag die neue Session mit dem üblichen Zeremoniell eröffnet. Der Alterspräsident der Kammer, Professor Pinard (radikalsocialist), legte in seinen Eröffnungsworten ein starkes Bekenntnis zum Frieden und zur Verständigung nach außen, zur Demokratie im Innern ab. Dank der neuen Regierung, so führte er aus, habe sich der internationale Horizont aufgeteilt. Das von 47 Nationen angenommene Genfer Protokoll verfolge drei Ziele: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung. Eines könne nicht ohne das andere erreicht werden. Die Welt wolle den wahren Frieden, nicht den besonnenen bewaffneten Frieden, der in Wirklichkeit neue Kriege vorbereite und provoziere. Wenn Frankreich seine Sicherheit zu schützen bestrebt sei, so müsse es dies tun, indem es der Welt Vertrauen einflöße. Es dürfe darüber vor allem die nicht minder gebieterische Pflicht nicht außer acht lassen, auch den anderen Völkern gerecht zu werden und ihren Gefühlen und legitimen Aspirationen Rechnung zu tragen. Die Anwendung der Gewalt könne nur dazu führen, daß sie die natürlichen Widerstände noch schwerer und gefährlicher mache.

Dieser Rede Pinards folgte stürmischer Beifall der Mehrheit. Die Kammer schritt sodann zur Neuwahl ihres Bureaus. Bei der Wahl des Präsidenten wurden 337 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen 313 auf Painlevé, 24 auf den Kommunisten Cachin. Painlevé ist somit im ersten Wahlgang wiedergewählt, trotz der von der Rechten versuchten Obstruktionsmanöver. Herrrat hat heute, zum ersten Mal seit seiner Erkrankung, wieder an einem Ministerrat im Elysee teilgenommen.

Volkshater Houghton wird Deutschland verlassen. Als Nachfolger Kellogs, des zum Staatssekretär des Neuhern ernannten amerikanischen Volkshaters in London, ist Volkshater Houghton bestimmt worden; ihn wird Senator R. C. Cormick ersetzen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Berliner Arbeitsnachweise 1923/24.

In der Viermillionenstadt Berlin sind von den 8,2 Millionen wirtsch. Arbeiter, die im Jahre 1922 in gewerbeaufsichtspflichtigen Betrieben gezählt wurden, 580.000 Arbeiter beschäftigt, das sind rund 7 Proz. oder 15,3 Proz. der Gesamtbevölkerung Berlins. Damit ist auch die Bedeutung des Berliner Arbeitsnachweises ins Licht gerückt. Der Aufsicht des Landesarbeitsamtes Berlin unterstehen drei Arten von öffentlichen Arbeitsnachweisen, und zwar 20 Bezirksarbeitsnachweise, 30 Fachabteilungen und eine besondere Abteilung für Angestellte. Daneben bestehen über 100 nichtgewerbmäßige Arbeitsnachweise, von denen im Berichtsjahre 102 ihrer Meldepflicht genügen: 30 Vereinsnachweise, 10 paritätische Nachweise, 9 Arbeitgeber- und 53 Arbeitnehmernachweise. Dazu kommen noch 170 gewerbmäßige Stellenvermittler, deren Zahl in Wirklichkeit größer ist, sich jedoch teilweise der Kontrolle entzieht. Die Tätigkeit der wirtsch., konzessionslosen Vermittler und ihrer Schlepper aber läßt sich statistisch überhaupt nicht erfassen.

Im Laufe des Berichtsjahres hatten die Berliner Arbeitsnachweise insgesamt

1 436 150 Arbeitsgesuche

zu verzeichnen, denen 919 650 offene Stellen gegenüberstanden, so daß auf je 100 gemeldete Stellen durchschnittlich 136 Arbeitsgesuche kamen. Die Arbeitsnachweise haben

744 251 Stellen besetzt,

das sind 71 Proz. der gemeldeten Stellen. Ausschließen wurden 268 406 besetzt. Von den Arbeitsgesuchen entfielen 73 Proz. auf die öffentlichen Arbeitsnachweise, bei denen zwar nur 67 Proz. der offenen Stellen besetzt, jedoch 72 Proz. besetzt wurden. Den öffentlichen Arbeitsnachweisen kommt also gegenüber den nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweisen und der gewerbmäßigen Stellenvermittlung — von einigen Berufsgruppen abgesehen — eine hervorragende Bedeutung zu. Der öffentliche Arbeitsnachweis wird fernerhin noch wirksamer seiner Vermittlungstätigkeit nachkommen können, da die nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise gehalten sind, ihre nicht besetzten offenen Stellen den öffentlichen Arbeitsnachweisen im Ausgleicheverkehr zur Auswertung zu melden.

Am auffälligsten tritt das Mißverhältnis zwischen den gemeldeten offenen Stellen und Stellen bei den Vereinsnachweisen für weibliche Personen zutage: von 17 612 gemeldeten offenen Stellen (in 30 Arbeitsnachweisen) wurden nur 5875, d. h. 34 Proz., besetzt. Ebenfalls wenig konnten die Arbeitnehmernachweise den bei ihnen gemeldeten Bedarf an weiblichen Arbeitskräften ausreichend decken, da von 23 959 gemeldeten Stellen nur 11 011, d. h. 45 Proz., durch sie besetzt wurden.

Auch die paritätisch verwalteten Interessenten-Arbeitsnachweise haben nicht die Bedeutung erlangt, die ihnen bei den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vom 15. November 1918 beigemessen wurde. Sie hatten 3,6 Proz. der Arbeitsgesuche zu verzeichnen, 3,8 Proz. der gemeldeten offenen Stellen und 4,7 Proz. der besetzten Stellen. Dabei waren unter den von diesen paritätischen Nachweisen besetzten 34 657 Stellen nicht weniger als 25 087 Ausschüssen. Von den paritätischen Nachweisen ist nur die für das Berufsfeldigungsgewerbe (Berufsgruppe 17) von Bedeutung. Bei diesem Nachweis wurden 69,7 Proz. der Arbeitsgesuche der Berufsgruppe gemeldet, 83,8 Proz. der offenen Stellen und 91 Proz. der besetzten Stellen, und zwar 3417 Arbeitsgesuche, 21 170 offene Stellen, von denen er 20 735 besetzte.

Eine noch geringere Bedeutung kommt den 30 Vereinsnachweisen zu, die an der Gesamtzahl der Arbeitsgesuche und Stellenangebote mit je 3 Proz. beteiligt waren und an den besetzten Stellen nur mit 2 Proz. Die 9 Arbeitgebernachweise sind erst recht überflüssig; sie waren mit 0,4 Proz. an den Arbeitsgesuchen, mit 0,7 Proz. an den offenen Stellen und mit 0,7 Proz. an den besetzten Stellen beteiligt. Dies Resultat würde noch weniger sein, wenn es auch im Friseurgewerbe endlich zu einem Facharbeitsnachweis käme, da die beiden Arbeitgebernachweise der Friseur- und der Bäckerberufe den stärksten prozentualen Anteil an der Vermittlungstätigkeit der Arbeitgebernachweise insgesamt aufweisen. Welt umfangreicher ist leider noch die Tätigkeit der gewerbmäßigen Stellenvermittlung,

die insbesondere von weiblichen Arbeitskräften für häusliche Dienste und im Gastwirts- und Dienstleistungs- und in Anspruch genommen wird. Die gewerbmäßigen Stellenvermittler, die noch bis Ende 1920 ihr Gewerbe treiben können, waren an der Gesamtzahl der Arbeitsgesuche mit 9,8 Proz., mit 17,9 Proz. der offenen Stellen und mit 14,4 Proz. der besetzten Stellen beteiligt.

Unter den nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweisen haben die 53 Arbeitnehmernachweise noch einige Bedeutung. Sie hatten 6,9 Proz. der Arbeitsgesuche, 6,9 Proz. der offenen und 5,8 Proz. der besetzten Stellen zu verzeichnen. Aus der beruflichen Form der Vermittlungstätigkeit tritt ganz besonders

die städtische Vermittlung für die Metallindustrie

hervor. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen waren 152 751 männliche und 50 117 weibliche, zusammen 202 868 Arbeitsgesuche gemeldet, denen nur 98 857 offene Stellen, darunter 31 587 für Frauen gegenüberstanden. 73 214 Stellen wurden in der Metallindustrie besetzt, davon 26 555 mit Frauen. An zweiter Stelle steht die gemischte „Berufsgruppe“: Sonstige Lohnarbeit, für die 122 756 männliche und 61 284 weibliche Arbeitsgesuche, zusammen 184 040, 40 085 offene Stellen für Männer und 22 638 für Frauen, zusammen 62 723 Stellen gemeldet waren, von denen 59 946 Stellen, davon 21 066 für Frauen besetzt wurden.

Das Verkehrswesen nimmt die dritte Stelle im öffentlichen Arbeitsnachweis ein. Hier suchten 79 295 Männer und 6371 Frauen Arbeit, die in 26 967 Fällen für Männer und in 3640 Fällen für Frauen angeboten und in 24 902 bzw. 3285, insgesamt in 28 187 Fällen vermittelt wurden. Die städtische Arbeitsnachweis-Abteilung für Angestellte steht an vierter Stelle. In ihren Ziffern (I) in Verbindung mit denen der Arbeitnehmernachweise (II) kommt deutlich die große Arbeitslosigkeit und damit die Not der kaufmännischen und Bureauangestellten

zum Ausdruck:

	Arbeitsgesuche		Offene Stellen		Besetzte Stellen	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
I . . .	82 580	51 709	6 206	17 691	5 410	7 883
II . . .	24 747	24 577	5 736	20 050	4 481	8 293
zus.	67 277	76 286	12 082	37 741	9 891	16 135

Das Arbeitsnachweiswesen bedarf noch stärkerer Konzentration der nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise im Sinne des Anschlusses an den öffentlichen Nachweis, der neben seiner bezirklichen Gliederung auch eine reichliche sachliche Gliederung aufweist, die allen Anforderungen gerecht wird und bei weiterer Verbindung dem Bedarf an neuen Fachabteilungen angepaßt werden kann. Zweck der Vermittlung kann nur die möglichst rasche und geeignete Unterbringung der Arbeitslosen sein, d. h. beschleunigte und richtige Besetzung freier Arbeitsplätze. Diesem Zweck müssen alle Berliner Arbeitsnachweise untergeordnet werden, ohne Rücksicht auf etwaige Nebenwege, die bei den kleineren nichtöffentlichen Nachweisen teilweise noch nebenherlaufen.

Eine vollständige anschauliche Uebersicht über das Berliner Arbeitsnachweiswesen haben die Dezernenten im Landesarbeitsamt, Direktor Dr. E. Graack und Dr. Rich. Goldberg, in den „Berliner Wirtschaftsberichten“, Nr. 35, 1. Jahrg., gegeben.

Zurück zum Achtstundentag! Fort mit dem Dreischichtsystem!

Der Bericht des Arbeitsauschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats liegt nunmehr vor. Er umfaßt mehr als 70 Seiten und erstreckt sich auf die besetzten Hüttenwerke im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, der Oberpfalz, im Sauerland und im Siegerland. Die Entscheidung des Sozialpolitischen Ausschusses für den Antrag der Arbeitnehmer, die Hochöfenwerke, Verkokungs- und Kohlendestillationsanlagen den Schutzbestimmungen des § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 zu unterstellen, haben wir bereits am Sonntag („Vorm.“ Nr. 18) mitgeteilt. Wie verlautet, hat der Reichsarbeitsminister seinen Entwurf bereits fertiggestellt und dem Kabinett zur Kenntnis gebracht.

Mithin ist zu erwarten, daß nun endlich bis 1. März 1925 den Hüttenarbeitern der Schutz des § 7 zuteil wird. Trotzdem die Unternehmer im Reichswirtschaftsrat deklariert wissen wollten, daß einer Verlängerung der Arbeitszeit in den genannten Hochöfen- und Kokereibetrieben zurzeit nicht zugestimmt werden kann.

Um seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen, hat das Unternehmen alle Register gezogen, und es ist wirklich nicht seine Schuld, wenn das kulturwidrige, menschenwürdige Dreischichtsystem wieder beseitigt wird. Sollte darauf gewartet werden, bis nach Meinung der Schmelzindustriellen die zwölfstündige Arbeitsperiode wieder verkürzt werden kann, dann läme die heutige Generation sicher nicht mehr vom Dreischichtsystem frei.

Die ganze Argumentation der Unternehmer gegen das Dreischichtsystem wird entkräftet durch die Erfahrungen in Amerika. Hält man ihnen aber Amerika entgegen, wo das Dreischichtsystem vor kurzem abgeschafft und vom Dreischichtsystem abgelöst wurde, so sind die Unternehmer sofort mit der Antwort bereit: Amerika als reiches Land konnte sich dies erlauben, wir können es aber nicht. Dabei wird aber folgendes verschwiegen: Die amerikanischen Unternehmer haben nicht infolge ihres Reichtums oder aus Menschenliebe das Dreischichtsystem eingeführt, auch nicht unter einem politischen oder sozialen Druck, sondern aus freien Stücken, da sie davon gute Erfolge erhofften. Die Erfahrungen haben ihnen nicht nur recht gegeben, sondern auch den Zweiflern bewiesen, daß die Rechnung stimmte. Es liegen heute die Erklärungen fast sämtlichen großen Hüttenwerkdirektoren vor, denen zufolge die Leistung der Betriebe, nicht nur was die Stundenleistung, sondern auch die Tagesleistung der Arbeiter anbelangt, bereits heute, nach kaum einem Jahr der Einführung des Dreischichtsystems keineswegs geringer, vielsach aber höher ist wie zuvor.

Die Einführung des Dreischichtsystems in den Hüttenwerken und der Kampf um die Wiederabschaffung auf der deutschen Arbeiterschaft zur Warnung dienen bei unerlässlich notwendig erscheinenden Konzeptionen hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit. Sind Zugeständnisse in dieser Richtung irgendwann und irgendwo einmal unvermeidlich, dann müssen sie möglichst kurz, jedoch bestimmt befristet sein, da sie sonst sowohl gegen die betreffenden wie gegen die Gesamtheit der Arbeiter ausgeglichen werden. Damit kann die Diskussion über das Dreischichtsystem zunächst geschlossen werden.

Schutz dem Verkehrspersonal!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt in mehreren Anträgen einen erweiterten Schutz des Verkehrspersonals. Sie fordert von der Reichsregierung:

1. einen Gesetzentwurf, durch den die in der Seeschifffahrt Beschäftigten der allgemeinen Krankenversicherungspflicht unterstellt werden;

2. einen Gesetzentwurf, durch den die Erwerbslosenfürsorge für Seeleute auch auf die Beschäftigten der Hochseefischerei ausgedehnt wird;

3. verlangt die Fraktion zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Seeleute einen Gesetzentwurf über die Abänderung der Seemannsordnung, den Entwurf eines Reichsbemannungsgesetzes für Seeschiffe und den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Arbeitnehmervertretungen in der Seeschifffahrt;

4. wird eine Vorlage verlangt, die den Befähigungen der deutschen Seeschiffe auf See und im Ausland die Ausübung des Bahndienstes ermöglicht;

5. wird eine Vorlage verlangt über die Rechtsverhältnisse des Luftverkehrspersonals und bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes die Ausdehnung der Unfallversicherung auf diese Berufsgruppe.

Die Ausnahmestellung der Kraftwagenführer bezügl. ihrer Haftung bei Unfällen veranlaßt die Fraktion zu dem Verlangen der Abänderung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Auch zur Regelung des Verkehrs sind zwei Anträge gestellt worden. Es wird 1. der Entwurf einer Reichsverkehrsordnung, 2. der Entwurf eines Reichswasserstraßengesetzes gefordert. Bei dem letzten Antrag handelt es sich um die Durchführung des Artikels 97 der Reichsverfassung.

Die Straßenbahner im Lohnkampf.

Eine von etwa 2000 Straßenbahnenbediensteten besuchte Versammlung, die gestern abend in der „Königsbühl“ stattfand, nahm zu den heute beginnenden Lohnverhandlungen Stellung. Nach Referaten der Genossen Ortman und Hiller kam die Verlesung eines einstimmig zu der Ueberyzeugung, daß die geringen Forderungen der Organisation unter allen Umständen durchgedrückt werden müssen. Die Direktion scheint sich über den Ernst der Situation noch immer nicht klar zu sein, sonst könnte sie nicht behaupten, die Wirtschaftslage rechtfertige keine Lohnhöhung. Stürmische Heiterkeit löste die Mitteilung aus, daß nach Ansicht der Direktion jede Lohnhöhung eine neue Inflation im Gefolge haben muß. Die Versammlung war von einstimmigem Kampfeswillen befeuert und ließ keinen Zweifel, daß sie gefonnen ist, die Lohnhöhung in vollem Umfange durchzuführen.

Achtung, Bauarbeiter! Die Sperre über die Firma Ströbel auf der Bauhelle Laufweg, Rühlensstraße und Gräber Weg wird hiermit aufgehoben. Deutscher Bauarbeiterbund und Verband der Afformauerer Groß-Berlin.

SED-Gesellschaft, Bezirk Mitte II. Versammlung morgen, Donnerstag, 7 Uhr, bei Mühlend. Petersburger Str. 5. „Bormanns“ Leiter hat ans. eingeladen. **Der Arbeiterklub.** **Achtung, Deutsche Werke Spandau, Fassbinderl. Weg 34.** Versammlung morgen, 5 Uhr, bei Schulte, Spandau, Breite Str. 34. wichtige Besprechung aller SED-Gesellschaften. **Reiner darf keinen Parteiausweis mitbringen.** **Der Fraktionsrat.** **Achtung, Siemens-Schuckert (Rabelmetz).** Am Freitag, den 16. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Schumann, Gerichtenl., Versammlung aller SED-Gesellschaften. **Sehr wichtige Tagesordnung.** Parteiausweis mitbringen. **Der Fraktionsrat.** **SED-Musikinstrumentenarbeiter!** Generalversammlung der Orgel- und Erbklein-Vertonungs- und Betriebs- und „Bormanns“ Leiter hat anges. eingeladen. **Der Arbeiterklub.** **Achtung, Reichsbahner Straße 117.** äußerst wichtige Versammlung. Betriebe, in denen keine Vertretung ist, müssen durch Parteigenossen, auch wenn nicht funktionär, vertreten sein. **Der Arbeiterklub.**

Deutscher Verkehrsband. **Betriebsrat, Arbeiterrat, Betriebskomitee aus den Branchen:** Buchhandel, Buchdruckerei, Buchbinderei, Papier- und Copiergeschäft, Malerei, Kleberei, Buchdruckerei, Spektroskop, Metalltransport, Schweiß- und Metallgewerbe, Metallbau, Holz, Speiser, Glas- und Zerpfeilreinigung, Kleberei und Kleberherstellung, Straßen-, Hoch-, Kleinbahn, Eisenbahnbetriebe, Metallindustriebetriebe, Post und Telegraphie, Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe. **Bannerparade** morgen, Donnerstag, abend 7 1/2 Uhr, Capistran 14/25, Aufgang B, part. Nummer 4. „Was muß der Betriebsrat von der Praxis des modernen Wirtschaftens wissen?“ Betriebsratsumweis 1924 legitimiert.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaftl. A.: J. Steiner; Gemeindefachbereich: J. Steiner; Kultur: A. H. Böcher; Schulen und Sonstige: Fritz Kottschalk; Anzeigen: Th. Glöck; Amtlich in Berlin: Verleger: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 48, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Wirtshausbesitzer **Paul Flegel** am 9. Januar 1925 verstorben ist. **Ww. Selma Flegel geb. Vogel** nebst Kindern. Die Einäscherung findet heute, abends 6 Uhr, im Krematorium Griedrichstr. 57/58 statt. 4999

Berlin staunt über Qualität und Billigkeit meiner beliebtesten **Sport- u. Jadenwolle per Pfund nur Mk. 6,50** **Wollvertrieb Bahnhof Börse** in der Spandauer Brücke 7, im Hause Café Dobrin.

Gabardine 130 br., r. Woll, 8,50 M., 9,75 M. Kostüm-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unter Preis. **Haarpuder** Schöneberg, Goltzstr. 2 a. d. Grünwalderstr.

Inventur-Ausverkauf in fast allen Abteilungen **Preise teilweise bis 50% herabgesetzt** **Beginn Montag, den 5. Januar** **P. RADDATZ & CO** Leipziger Straße 122-123

Schluss unseres beispiellos billigen **Ausverkaufs** der Inventurbestände **Donnerstag, den 15. Januar** **Baer Sohn & Co.** nur Chausseestraße 29/30

Funkfreunde und Staatsanwalt.

Der Mechaniker I. in Berlin wurde zu einer Woche Gefängnis oder 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er ein selbstgebautes Röhrenempfangsgerät betrieb, trotzdem er die monatlichen Gebühren von 2 M. zahlte. Diese kategorische Mitteilung machte der Sprecher des Berliner Rundfunksenders vor einiger Zeit nach der Beendigung des Abendkonzerts. Im Anschluß daran teilte er nochmals die wichtigsten Bestimmungen mit, die für die Rundfunkteilnehmer maßgebend sind. Tatsächlich schweben, wie wir von unterrichteter Seite in Erfahrung gebracht haben, augenblicklich mehrere hundert Strafverfahren wegen Uebertretung der genannten Bestimmungen, außerdem liegen der Polizei eine noch größere Anzahl von Fällen zur Nachprüfung vor. Fast immer handelt es sich um Denunziationen, denen nunmehr auch von den Behörden Beachtung geschenkt wird, während sie in der ersten Zeit der Rundfunkära in den Papierkorb wanderten. Wir wollen unerseits dazu beitragen, Unheil zu verhüten und weisen daher nochmals auf die wichtigsten Bestimmungen, die für die Teilnahme am Rundfunk gelten, hin, wobei wir sie einer Kritik unterziehen und Vorschläge zu solchen den Verhältnissen entsprechenden Änderungen machen. Wir hoffen, daß diese Vorschläge auch die objektive Würdigung der Reichstelegraphenverwaltung finden werden.

Die Probeerlaubnis.

Der gesunde Menschenverstand sagt: Wenn ich mir eine Funkanlage zulege, dann muß ich auch die Gewissheit haben, daß sie funktioniert. Der einfache Mann baut sich also ein Empfangsgerät und freut sich, wenn der Ton aus dem All in seinem Ohr klingt, ärgert sich, wenn alles still bleibt. Er zögert noch, wenn die Anlage funktioniert, mit der Anmeldung. Gute Freunde sind bei ihm zu Gast. Ihnen führt er seine neueste Errungenschaft vor, und einer, der es besonders gut meint, fragt bewußt oder unbewußt dafür, daß eines Tages ein Beauftragter der Polizei erscheint, der die Anlage beschlagnahmt und ihren unglücklichen Besitzer der Staatsanwaltschaft anzeigt. Solchen Zufälligkeiten kann der Funkliebhaber nur entgehen, wenn er entweder eine Genehmigung zum Betrieb seiner Funkanlage einholt, bevor er das Gerät überhaupt in seine Wohnung bringt. Dann muß er natürlich Monat für Monat 2 M. bezahlen, auch wenn die Verhältnisse ihm nur einen schlechten oder vielleicht gar keinen Empfang ermöglichen. Er wirft für ein Jahr 24 M. zum Fenster hinaus und erst danach kann er von dieser Last befreit werden. Die Anmeldung gilt immer für ein Jahr. Oder aber er bittet einen Bekannten, der im Besitze einer Genehmigungsurkunde ist, in eine Wohnung zu kommen, um mit dem genehmigten Funkgerät die Empfangsverhältnisse auszuprobieren. Die Genehmigungsurkunde gilt nur für die Person, aber nicht für den Ort. Man kann also seinen Funkapparat beispielsweise auf Reisen mitnehmen, darf aber nicht vergessen, die Genehmigungsurkunde bei sich zu haben. Wenn so mit dem Gerät des Bekannten die Möglichkeit des Empfanges nachgewiesen ist, kann er ohne jedes Risiko seine eigene Genehmigungsurkunde bei der Post beantragen. Jede andere Möglichkeit kann zu unliebsamen Folgen führen. Die Post könnte hier die Bestimmung infizieren mildern, als sie eine einmonatliche Probeerlaubnis gegen Zahlung der üblichen Monatsgebühr erteilt. Nach dem Ablauf dieser Probeerlaubnis muß der neue Rundfunkteilnehmer erklären, ob er auch für die Zukunft an den Darbietungen der Rundfunksender teilnehmen will oder nicht. Eine solche Bestimmung erscheint um so angebrachter, als es in der Großstadt viele Möglichkeiten gibt, die einen laudbaren Empfang verhindern. Man denke nur an die Störungen durch die Straßenbahn, an die Unmöglichkeit eine Hochantenne zu errichten u. a. m.

Selbstbau von Röhrengerät.

Ein ables Kapitel wurde schon in der Einleitung erwähnt: Die Beschlagnahme von Röhrengerät, das von Funkliebhabern gebaut wurde, die die Audiolizenz nicht besitzen. Vor einem Jahre noch konnte man der Meinung sein, daß es angebracht wäre, nur Selbstbau zum Selbstbau zuzulassen. Die Gefahr der Rückkopplungsstörungen durch unsachgemäß gebautes und ebenso behandeltes Röhrengerät war und ist zweifellos nicht von der Hand zu weisen. Aber auch hier könnte eine auf die Entwicklung des Funkwesens bedachte Behörde durch weises Entgegenkommen viel Segen stiften. Die Behörde soll grundsätzlich die Kontrolle über das im Betriebe befindliche Röhrengerät behalten. Aber sie könnte die Audiolizenz

erlaubnis, zu deren Erlangung augenblicklich Forderungen gestellt werden, denen, wie die ersten Audionprüfungen gezeigt haben, nur die wenigsten Radioamateure entsprechen, unterteilen. Wir schlagen vor, außer der großen Audiolizenz, zu deren Erlangung die höchsten Anforderungen gestellt werden mögen, auch eine kleine Audiolizenz zu erteilen, bei deren Ausgabe zur Bedingung gemacht wird, daß das gebaute Funkgerät nach der Fertigstellung an irgendeiner Stelle gegen Zahlung einer Gebühr



geprüft wird. Mit dieser Prüfung mögen, falls die Reichstelegraphenverwaltung sich dazu auserkande fühlen sollte, die Funkvereine herangezogen werden. Sie würden dadurch Mittel gewinnen, den höher strebenden Amateuren die besten Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Gleichzeitig aber lernt der Funkliebhaber mit Röhrengerät umzugehen. Eine größere Anzahl von ihnen wird so durch praktische Arbeit über viele Vorgänge unterrichtet werden, die ihnen ohne ihr selbstgebautes Röhrengerät nicht in dieser Klarheit zum Bewußtsein gekommen wären. Auch die Industrie läme bei einer derartigen Regelung nicht zu kurz. Der Verbrauch an Einzelteilen würde weiter steigen. Außerdem hat sie es in der Hand, durch reifliche Qualitätsarbeit den Markt zu behaupten, denn nur dann lohnt es sich, fertige Apparate zu kaufen, wenn der Funkliebhaber weiß, daß diese hinsichtlich der Güte unübertrefflich sind. Das würde auch dem Ruf der deutschen Funkindustrie im Ausland und damit ihrem Abfall nur von Nutzen sein. Die Funkgesetzgebung ist so noch nicht abgeschlossen, und gerade Staatssekretär Dr. Bredow war es, der in seiner Berliner Ansprache an die Rundfunkhörer am 14. April v. J. darauf hinwies, daß er infolern mit dem Grafen Arco übereinstimme, daß mit der Zeit auch jeder Laie es lernen werde, einen Rückkopplungsapparat so zu verwenden, daß er keine Störungen verursache. Er erklärte wörtlich: „Ich stimme mit ihm (Grafen Arco) darin überein, daß, sobald die Kenntnis der Vorgänge in einem Empfänger Allgemeingut geworden ist, die Gefahr (der Störungen) verringert ist. Möchte aber gerade im Anfang der Rundfunkentwicklung auf einen Schutz nicht ganz verzichten.“ Wir glauben, daß die Kenntnisse über die Vorgänge im Empfangsgerät heute wesentlich

größer sind wie am 14. April v. J., so daß einige Erleichterungen durchaus angebracht erscheinen, um so mehr, als auf einen Schutz vor Störungen durch unsachgemäß gebaute Röhrenempfänger nicht verzichtet werden soll.

Die Reichstelegraphenverwaltung hat eine der vollständigsten öffentlichen Einrichtungen, eben den Rundfunk, geschaffen. Sie selbst hat das größte Interesse daran, die auf dieser Grundlage entstandene Entwicklung zu fördern, sie hat aber kein Interesse daran, Funkfreunde mit dem Staatsanwalt in Verbindung zu bringen, weil diese sich vom gesunden Menschenverstand und nicht vom juristischen Denken leiten lassen. Wer dann nach Schaffung einer den berechtigten Anforderungen entsprechenden Funkgesetzgebung sich strafbar macht, darf sich auch nicht beklagen, wenn gegen ihn die vorgeesehenen strafrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung kommen.

Suff, Hurra und Hakenkreuz.

Heiß quillt am Abend auf dem Alexanderplatz das Leben. Es rattern die Autos, rasseln die Wagen, jagen die Menschen, ordnen die Schupos, und Lichter blitzen an und ab, an und ab. Die Großen und die Kleinen, die Reichen und die Armen, die Gleitigen und die Bergnügungssüchtigen, am Abend geben alle sich ihr großes Stillsitzen. Das hostet und quillt, das tobt und das freischt, stauslos sieht es aus, irrsinnig fast, und doch hat alles subjektiv stets seinen Zweck. Noch ist das Hostgetriebe in Wirkung und Ziel planlos, aber der Einzelne wirkt und lebt — einst wird er es — wir wollen es — fürs Ganze, für die Allgemeinheit, die Gesellschaft tun.

Ein Trupp von zweiunddreißig jungen Menschen überquert in Gruppenordnung, ausgelöst in Bierereien, den Platz. Hitzekluft am Körper, Ehrhardtlied im Maul, Hakenkreuzjahne vornweg! Sinn? Geist? Ihr sucht ihn hier vergebens; Haß, Götzenanbetung, Gedankenlosigkeit, das sind die edeln, die „vaterländischen“ Motive. Die jungen Leute marschieren wahrscheinlich zu einer Uebung, zu einem Gruppenabend oder zu einer Feier. Wie es verlangt wird, machen sie in Patrioticismus, Volkstum und Suff. Denn so ist es: Tausend arbeiten, weil sie sonst frieren und hungern, weil sie sich und womöglich auch eine Familie fleiden und ernähren müssen, und zehn denken ans Vergangene, träumen vor der „Erhebung“, wie sie sie verstehen, marschieren in Biergruppen, lassen sich Keder halten, schreien „Hurra!“ und veralkoholisieren ihren Verstand. Tausend werken im Heere der Arbeit und zehn spielen Soldaten. Tausend wollen den Frieden, zehn wünschen sich den Nord.

Immer dichter werden die Menschenhaufen, immer lebendiger quillt es in den Straßen, schneller fluten die Wagen, lauter lärm: auf dem Pflaster, flebriger blinken die Lichter. Und zweiunddreißig „Besieger“ überqueren in militärischer Ordnung den Alexanderplatz. Daß keiner sie beachtet, daß keiner „Hurra!“ schreit — das ist ihr größter Schmerz. Daß keiner es tut — uns festigt's im Willen, uns stärkt es im Glauben. Im Glauben an unsern Sieg.

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung vom Sonnabend, der 10. d. M.: „Mobilmachung der Böstlichen“ werden uns zwei Episoden mitgeteilt, die bezeichnend sind dafür, daß die Böstlichen und Nationalisten sich wieder einmal einhaken, die Zeit sei für sie gekommen. Der erste Vorfall hat sich am vergangenen Freitagabend im Bierlokal von Aschinger am Hallischen Tor zugetragen und wird uns folgendermaßen geschildert:

„Ich war zur genannten Zeit mit einigen Kollegen dort. Der Betrieb ging seinen gewohnten Gang, die Musik spielte die gemohnten Weisen. Pünktlich gegen 11 Uhr kam ein Trupp junger Leute, nach den Abzeichen Mitglieder des Frontbanns, im Gänsemarsch durch das Lokal und steuerte auf die Kapelle zu. In ihrer unmittelbaren Nähe nahm man Platz und nun ging es los. Die Kapelle ersah die Situation meisterhaft. Zuerst das Deutschlandlied. Der dicke Herr Geschäftsführer schmunzelte. Dann: „Ich bin ein Preuße“ — alles, das heißt, alle Hakenkreuzler — gröhlten mit. Die Mehrzahl des Publikums schwieg dazu, man sah viele müde Gesichter. „Das ist Lujans wilde verwogene Jagd.“ Auch noch „Hakenkreuz am Stohlschirm“. Uns stieg die Bierwürst hoch. Wir beschwerten uns ebenso wie verschiedene andere Gäste beim Geschäftsführer. Dieser aber erklärte uns, das seien alles Nieder, die vom Ministerium des Innern ausdrücklich (!) genehmigt seien und im übrigen habe er keinen Einfluß auf die Kapelle, sie spiele nur ihr

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Bertram gab keine Antwort. „Wir glauben“, sagte Fürst Alexander Sumaroff langsam und leicht verlegen, „daß England und andere Länder einen Fehler begangen, als sie die Angriffe von Männern wie Brangel und Denikin unterstützten. So schlecht die Bolschewisten, weiß Gott, auch sind, die Führer der Weißen Armee waren vielleicht ebenso schlecht. Mein Sohn spricht die Ansicht der jüngeren Generation aus.“

„Es ist auch die meine“, sagte Radia. Der Sohn konnte nur ein paar Minuten bleiben. Er war nur gekommen, um das Vergnügen zu haben, den Gast zu begrüßen und seinen Eltern die Hand zu küssen. Bald nach seinem Fortgang erhob sich auch Bertram.

„Sie werden den Rückweg nicht finden!“, rief die Fürstin. „Ich führe ihn bis zum Arbat.“ sagte Radia.

Trotz Bertrams lebhaftem Widerspruch nahm sie Jade und Belzmüge und wartete, während sich Bertram von ihren Eltern verabschiedete. Der alte Mann erhob sich wieder von seinen Kissen.

„Wenn Sie uns dann und wann besuchen wollten, mein Herr, wäre es eine barmherzige Tat. Wer erfahren nichts von der Außenwelt.“

„Mit Vergnügen werde ich kommen.“ war Bertrams Antwort.

Er neigte sich wieder über die Hand der Fürstin und zog sie an seine Lippen. Bei diesem Zeichen von Rücksicht und Sympathie wurden ihr die Augen feucht.

„Sie haben das alte Regime in seinen elenden Zufüchtlöchern aufgesucht. Den anderen geht es ebenso oder noch schlimmer.“

„Ich habe Ihren Mut gesehen und bewundert.“ antwortete Bertram.

„Viele aus unseren Kreisen sind verhungert.“ fuhr die Prinzessin fort. „Uns haben unsere Kinder gerettet. Meine Tochter ist Studentin der Medizin und erhält als solche ihre Ration, die sie uns fast gänzlich heimbringt. Sonst lebten wir nicht mehr. — Kommen Sie wieder, lieber Herr!“

„Aber nicht bei Tageslicht“, sagte der alte Fürst ängstlich. Mein Name ist noch immer ein Grund für Argwohn und Abneigung.“

Bertram trat mit Radia in den Schnee hinaus. Ein-

mal stolperte sie im Hof über einen Schneehaufen und Bertram sagte: „Bitte, nehmen Sie meinen Arm. Es ist sicherer so.“

Sie legte dankend ihre Hand auf seinen Arm.

„Ich bewundere Ihren Mut.“ sagte er warm.

„Was wäre das Leben ohne Mut? Ich bin noch jung.“

Nur das Alter fürchtet neue Erlebnisse.“

Dann erzählte sie ihm von ihren medizinischen Studien an der Universität. Alle Kollegen wurden abends gelesen, denn bei Tage mühten die Studenten ihre Lebensmittelration abarbeiten.

„Aber Sie selber bringen die Ihre nach Hause.“ sagte er.

„Wie werden Sie satt?“

„Ach, ich brauche so wenig. Ich bin stark und gesund.“

Sie hatte ihre Studien jetzt beendet und war zur Ausübung der Praxis berechtigt. Ihr Ehrgeiz war, in die Hungergebiete zu gehen und sich dem Verzeßtab anzuschließen, der in Kasan gegen den Typhus kämpfte. Sie hatten schon nach ihr verlangt, aber es war so schwer, dahin zu reisen.

„Was werden aber ihre Eltern ohne Sie anfangen?“

Sie teilte ihm mit, daß ihr Bruder Alexis zum Stab befördert wäre. So wäre es ihm nicht nur ermöglicht, den Eltern bessere Nahrung zu verschaffen, sondern er könnte sie auch schützen, da er dem Staate diene.

„Ich gehe selber nach Kasan. Wollen Sie nicht im selben Zuge mitfahren, wenn ich Ihnen dazu verhelfen kann? Amerikaner haben die Oberleitung und würden Ihre Arbeit gerne annehmen.“

Die Möglichkeit erregte sie freudig, und sie bat ihn, ein Wort für sie einzulegen. Gleich aber hat sie um Entschuldigung, ihm Mühe zu verursachen.

„Aus Eifer, Kasan dienen zu können, vergesse ich ganz meine guten Manieren.“ lächelte sie.

„Es ist keine Mühe, aber ich habe doch Bedenken, Ihnen einen Platz im Zuge nach Kasan zu verschaffen.“

„Und das wäre?“

„Ich höre, daß der Typhus in Kasan wütet, und daß es höchst gefährlich ist, dort hinzugehen.“

„Natürlich ist es das.“ sagte das junge Mädchen. „Aber Sie selbst gehen doch auch hin, nicht wahr? Und ich, eine Ruskin, sollte mich fürchten, wenn ich meinem armen Volke dienen kann?“

Darauf fand er keine Antwort und konnte nur an ihre Selbstlosigkeit und ihre Liebe für ihr Volk denken. Er sagte auch etwas von ihrer Aufopferung, worauf sie ihm Worte erwiderte an die er sich später erinnerte.

„Selbstaufopferung ist doch der einzige Weg zum Glück, glauben Sie das nicht auch?“

„Ich weiß nicht, ich bin ein Egoist.“

Aber das wollte sie nicht glauben. „Sie sind so weit hergekommen, um dem armen Rußland zu helfen. Sogar mit Gefahr Ihres Lebens, das ist kein Egoismus.“

Aber es hat etwas damit zu tun. Ich bin gekommen, um mehr Kenntnis vom Leben zu erwerben. Um den Lebensüberdruß zu töten. Um das zu heilen, was ich mein gebrochenes Herz nenne. All das ist höllischer Egoismus.“

„Sie haben ein gebrochenes Herz?“ fragte sie sehr erstaunt. An der Ecke des Arbat, wo sie standen, fiel der Schnee in dichten Floden auf sie herab, aber beide fühlten es nicht.

„Ja, so nenne ich es in einer romantischen sentimentalischen Art. Vor kurzem hat mich meine Frau verlassen. Es tat entsetzlich weh. Verletzter Stolz, vielleicht. Man kann ja nie wissen.“

„Es tut mir fürchtbar leid.“ sagte sie ernst. „Sie haben sie sehr geliebt?“

„Unausprechlich. Ich war sehr jung.“

Er lachte unbehaglich. Die alte Wunde schmerzte noch.

„Die Liebe ist schwer.“ sagte sie nachdenklich. „So scheint es wenigstens nach Büchern, die ich gelesen habe und Menschen, denen ich begegnet bin, zu urteilen. Ich selbst habe keine Erfahrung.“

„Wie ist das möglich?“

„Hunger, Armut und Schrecken scheinen den Liebestrieb nicht zu ermutigen, außer in brutaler Weise. Jedenfalls hat es mich in Ruhe gelassen. Vielleicht ist die Liebe doch etwas sehr Gutes, an dem man im Leben nicht vorübergehen sollte.“

Sie sprach diese merkwürdigen Worte ohne jede Verlegenheit oder Befangenheit, wie ein Kind von den Geheimnissen des Lebens spricht. Und doch war sie kein Kind, sondern eine reife Persönlichkeit, die durch die blutige Revolution gegangen war und große Brutalitäten mit angesehen hatte. Ihre Einsicht in bezug auf die Liebe war nicht Unwissenheit, sondern Unerfahrenheit.

„Ich würde Sie gern lieben.“ sagte sie plötzlich. „wenn es Ihrem gebrochenen Herzen eine Hilfe wäre. Es wäre sehr gut auch für mich.“

Sie machte dies erstaunliche Anerbieten mit derselben Einfachheit und Aufrichtigkeit, als wenn sie sich in ihrer Eigenschaft als Ärztin erboten hätte, eine Wunde zu verbinden.

„Ich würde Sie gern lieben.“ sagte sie plötzlich. „wenn es Ihrem gebrochenen Herzen eine Hilfe wäre. Es wäre sehr gut auch für mich.“

Sie machte dies erstaunliche Anerbieten mit derselben Einfachheit und Aufrichtigkeit, als wenn sie sich in ihrer Eigenschaft als Ärztin erboten hätte, eine Wunde zu verbinden.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ende der Wochenfürsorge.

Von Friedrich Klees.

Schon manche sozialpolitische Einrichtung, über die man sich freuen konnte, ist in der letzten Zeit wieder verloren gegangen. Jetzt ist ein neuer Verlust zu beklagen. Die allgemeine Wochenfürsorge für „Minderbemittelte“ hat inzwischen eine Form bekommen, daß man überhaupt nicht mehr von ihr als einer nennenswerten und besonderen Einrichtung sprechen kann.

Die ersten Monate des Weltkrieges erweckten starke bevölkerungspolitische Bestrebungen. Dabei kam man auch darauf, den erschreckend hohen Verlust an Menschenleben durch einen erhöhten Schutz der Mütter und Säuglinge auszugleichen. Bis dahin war nur ein ganz kümmerlicher Anfang einer Mutterschaftsfürsorge in Gestalt der Wochenhilfe der Krankenkassen vorhanden. Die früheren Krankenversicherungsgesetze faßten lediglich den Bezug eines Wochengeldes auf die Zeit von erst drei, später vier und zuletzt für einige Arbeitergruppen von sechs Wochen vor. Die Gewährung der Bezüge (auch an nicht selbst versicherte Familienangehörige der Mitglieder) war zwar als eine freiwillige Mehrleistung der Kassen vorgesehen, doch wurde davon so gut wie kein Gebrauch gemacht.

Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung forderten die Sozialdemokraten fräftige Ausgestaltung der Wochenhilfe, z. B. obligatorische Gewährung eines Schwangerengeldes, freie Hebammenhilfe, Stillseld für 26 Wochen usw. Weil angeblich „kein Geld“ da sei, wurde das aber alles abgelehnt. Eingeführt wurde nur die Verlängerung der Bezugszeit des Wochengeldes auf acht Wochen (bei Landkrankenassen konnte jedoch eine Kürzung bis auf vier Wochen eintreten) und die Zulassung einer Reihe freiwilliger Mehrleistungen, von denen aber nur ganz wenige große Kassen Gebrauch machten. Unter dem 3. Dezember 1914 erschien, weniger aus sozialpolitischen Gründen als aus Erwägungen der Kriegspolitik, eine „Verordnung über Wochenhilfe während des Krieges“. Als Voraussetzung für die neuen Leistungen war immer noch eine längere Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse vorgesehen. Erst die Verordnung vom 23. April 1915 erweiterte den Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich. Es kamen hinzu: alle Ehefrauen derjenigen Kriegsteilnehmer, die Kriegsfamilienunterstützung bezogen oder sonst als „minderbemittelt“ galten, sowie alle ledigen Wöchnerinnen, die einem Kinde eines Kriegsteilnehmers das Leben schenkten. Das war ein erheblicher Fortschritt,

auch in der „moralischen“ Einstellung der Gesetzgebung zu den unehelichen Kindern. Die Kosten der Fürsorge trug das Reich, soweit die Wöchnerin nicht anspruchsberechtigtes Mitglied einer Krankenkasse war. Mehrere folgende Verordnungen dehnten die Leistungen noch weiter aus.

Nach Beendigung des Krieges half die Regierung der Volksbeauftragten zunächst mit einigen Verordnungen über die Uebergangszeit hinweg. Man hatte aber die bestimmte Absicht, die durch die Kriegswochenhilfeverordnungen eingeführte Wochenfürsorge für nicht krankenversicherte Wöchnerinnen unter allen Umständen zu erhalten. Im August 1919 stellte denn auch die Nationalversammlung in Weimar ein dahingehendes Gesetz fertig. Die Leistungen waren ungefähr dieselben, wie sie die Sozialdemokratie bei Beratung der Reichsversicherungsordnung beantragt hatte. Das Gesetz unterschied zwischen „Wochenhilfe“ und „Wochenfürsorge“. Erstere ist die von den Krankenkassen zu leistende Hilfe, die sich wieder in „Kassenwochenhilfe“ an die persönlich versicherten Wöchnerinnen und in die „Familienwochenhilfe“ an die versicherungsfreien Familienangehörigen der Versicherten aufteilt. Diese wurde zu einer obligatorischen Leistung erhoben. Als Wochenfürsorge wurde die Unterstützung an alle sonstigen nichtversicherten „minderbemittelten“ Wöchnerinnen, die nicht ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielten, bezeichnet. Das Gesetz wurde sehr häufig geändert; da sich die Zusammenfassung der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge in ein und demselben Gesetz als unpraktisch erwies, wurden in zwei Gesetzen vom 9. Juni 1922 beide Einrichtungen getrennt. Die Inflationszeit bedingte eine häufige Hinaufsetzung der Geldbeträge.

Da sich das Reich von allerlei sozialfürsorglichen Aufwendungen entlasten wollte, erschien unter dem 13. Februar 1924 die Verordnung über die Fürsorgepflicht. Sie erklärte die Wochenfürsorge zu einer öffentlich-rechtlichen Fürsorgeaufgabe, die von den neuen Fürsorgeverbänden zu erfüllen ist. Deshalb hob sie auch jenes Gesetz vom 9. Juni 1922 über die Wochenfürsorge und die Ergänzungsgehalte auf. Die Vorschriften dieser über Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge sollten aber vorläufig weiterbestehen. Im Hinblick auf den eingetretenen Währungssturz war aber mit den Vorschriften nichts mehr anzufangen. Die Einkommensgrenze, bei deren Nichterreichung eine Wöchnerin als minderbemittelt galt, war längst überholt. Damit war in Wirklichkeit schon die ganze Wochenfürsorge so gut wie aus der Welt geschafft.

Inzwischen sind nun die endgültigen „Reichsgrundgesetze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924“ erschienen. Nach ihnen besteht eine selbständige oder nennenswerte Wochenfürsorge überhaupt nicht mehr. Nachdem gesagt ist, daß zu dem „notwendigen Lebensbedarf“, der den „Hilfsbedürftigen“ zu gewähren ist, auch „Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen“ gehört, heißt es dann in

§ 12: „Schwangeren und Wöchnerinnen sind je nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit ärztliche Behandlung, Entbindungskostenbeitrag und Wochengeld, Wöchnerinnen, die ihr Kind stillen, außerdem Stillseld zu gewähren. Die Hilfe soll ihnen das sicherstellen, was die Reichsversicherungsordnung den Familienangehörigen eines Versicherten gewährt (Familienwochenhilfe). An die Stelle barer Beihilfen können auch Sachleistungen treten.“

Dieser kümmerliche Rest der Wochenfürsorge ist kaum noch erwähnenswert. Anspruch sollen hiernach nur „hilfsbedürftige“ Wöchnerinnen haben. Hilfsbedürftig ist aber nur, „wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen erhält“. Bei der Auslegung dieser Begriffe wird es ganz auf den sozialen Geist ankommen, der in einem Bezirksfürsorgeverband herrscht. Besonders bei der Anwendung auf Schwangere und Wöchnerinnen kann ein Bezirksfürsorgeverband immer dahinter kommen, daß entweder der „notwendige“ Lebensbedarf gedeckt ist oder von anderer Seite gedeckt werden kann. Es ist bekannt, daß es noch recht viel sozialpolitisch rückständige Gemeinden gibt.

Die Hilfe soll auch nur „sicherstellen“, was die Reichsversicherungsordnung in der Form der Familienwochenhilfe vorsieht, sie will nicht etwa diese Bezüge gewähren. Diese Dehnbarkeit wird noch dadurch unterfüßt, daß die Leistungen je nach „Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit“ eintreten sollen. Es ist also sehr wohl möglich, daß der Entbindungskostenbeitrag, das Wochengeld, das Stillseld usw. nur zur Hälfte, zu einem Drittel usw. gewährt wird. Schließlich können statt barer Beihilfen auch Sachleistungen geliefert werden. Wie werden sie angerechnet? Bei solchen Vorschriften geht jede Sicherheit, Stabilität und Kontrolle der Fürsorge verloren. Gewiß kann im Falle der Ablehnung eines Antrages oder sonstiger Nichterhaltung der gesetzlichen Vorschriften eine Klage an den zuständigen Bezirksausschuß gerichtet werden. Wer wird aber bei den einmaligen Leistungen diese Unständlichkeit auf sich nehmen? Jedenfalls ist der Rechtsanspruch, den das frühere Gesetz über Wochenfürsorge vom Jahre 1919 jeder bedürftigen Mutter gab, wenn nicht ganz aufgehoben, so doch stark verwässert worden.

Damit sind die Hoffnungen, daß sich aus der Kriegswochenhilfe eine allgemeine dauernde Reichswochenfürsorge entwickelt, getrübt worden.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl' Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Spröde u.rote Haut

Ausspringen der Hände und des Gesichts, Mundjain und unreinen Teint. Dieses bewährte Hautbelegmittel sofort **Leokrem** pflegemittel erhalten Sie überall, wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen.

Das Buch von Egon Noska
Guter Ton und gute Sitte
ist das Anstandslehrbuch für die breitesten Schichten des Volkes. In einer für Jedermann verständlichen Sprache geschrieben, lehrt es, wie man sich richtig benimmt bei allen vorkommenden Gelegenheiten — wie man sich kleidet — besonders wichtig: Der gute Ton im schriftlichen Verkehr usw. des 284 Seiten starken, elegant in Halbleinen gebundenen Buches (Geckenleinband). Preis: **Drei Mark**. Nach od. Voreinsende a Postcheckk 18607 Reimh. Wichert, SW 61, Tempelhofer Ufer 5. Prosp. über sonst. Selbstunterrichtsbücherei (kau m. usw.) bereitw. gr.

Kaller-Revue 1925
Th. i. Admiralspalast
22. Woche
Abend 8 1/4 U.
Die größte Revue d. Welt:
„Nacht und Nacht“
Sonntag nachm. 3 1/4 Uhr
Die ganze Vorstellung zu halben Preisen!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
8 1/2 Uhr: Die Rose vom Liebesgarten
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Violetta
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Wolfenst. Tod
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Candida

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die versunk. Glocke
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Carmen
Intimes Theater
8 Uhr: Abenteuer nach dem Tode etc.
Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza
Neues Th. am Zoo
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Wild-West-Mädels

Gr. Volksoper
7 1/2 Uhr: Mignon
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schluck u. Jau
Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna

Th. in Kommand. Str.
7 1/2 Uhr: Wenn man verliebt ist...
Freitag 16. Premiere
Die Frau ohne Kuß
von Richard Koller
Mus. v. Walter Kolpo
mit Molly Wessely
Fritz Spitz

Banco
Lustspiel v. Savoli
Lustspielhaus
Karl, Falkenberg, Kaiser-Str., Bad

Operettenhaus
an Schlosspark
8 Uhr:
Die verkaufte Frau
Wallner-Theat.
8 Uhr:
Polkas und Melodien

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Mary
Erika Glässner
Alexander, Scher-Str., Schiller, Schiller-Straße

Deutsch. Künstlertheat.
Lustspielhaus
8 Uhr: Zaza
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Töchter
D. wahre Jakob
Operettenhaus
an Schlosspark
8 Uhr:
Die verkaufte Frau
Wallner-Theat.
8 Uhr:
Polkas und Melodien

Neue Welt
Arnold Scholz :: Hasenheide 103-114

Heute, sowie täglich:
Bockbier-Fest!
In den bayer. Alpen
8 Kapellen — neue Dekorationen
8u bayer. Mad'l
Ausstoß von Original-Friedens-Bockbier
der Bergschloß-Brauerei
Einlaß 6 Uhr — Anlaß 7 Uhr
Vorankündigung! Morgen, Donnerstag
Gr. Schweineschlachten

SOVA
Tägl. 8 Uhr:
Variété-Revue!
mit Winstons
Tausch-Sensation!

Komische Oper
Direktion: James Klein
Unsere Revue:
Das hat die Welt noch nicht gesehen
mit über 250 Mitwirkenden
m. d. Pariser Orig.-Ausstatt.
m. span. Orig.-Tanztruppen
mit einer Auslese der berühmtest. Bühnenkünstler
des In- und Auslandes gilt
auf der ganzen Welt als
Unvergleichliche Schenswürdigkeit!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pl. bis 6 Mk.)
Vorverkauf ununterbrochen!

Rose-Theater
3 1/2 U.: Aschenbrödel
7 1/2 U.: Milchmädchen
von Schönerberg

Berliner Uik-trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75 I

Peter Ejk im 8-Uhr-Abendblatt v. 6. 1.
Dieses Programm ist nicht „knorke“, wie der Berliner sagt, sondern **„Voll-knorke!“**
„B. Z.“ 7. 1.
Dieses Mal der Scala gleich fünf besonders dicke Lobstriche...
Täglich 8 Uhr **Tausch-Sensation Kapitän Winstons**
in der **SCALA**
umgeben von 10 Variété-Neuheiten

Kammer-Oper
Lützowstr. 112.
in der Fallweilstraße
Täglich 8 Uhr:
Wohl zu ruhen!
Herr Nachbar!
Kom. Op. v. Poise
Der kluge Fellstein
von Wend und
Cortis S. 4, 3, 2 M.
inkl. Garderobe und Progr.

Casino-Theater
Lützowstr. 112. 8 Uhr
Der neue Schläger
Graf Koks
Posse in 3 Akten
Glänzl. neu f. Berlin!
Volkstümlich. Preise!

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonn- u. 3 Uhr:
Looping the Loop
50 Löwen 12 Löwen-
babys
12 Gladiatoren 12
5 Uhr. Nur noch Januar!
Wann? Quovadis?
Sonn- u. 3 Uhr
Stg. nachm. halbe Pr.!

Novitäten-Spielplan!
Sonntags 3 1/2 Uhr
halbe Preise
Runden gestartet.

Bedor's zu spät ist!
Seal-u. Seidenplüsch-Mäntel
jetzt 88.
jetzt 315.
Schlaf 16 Januar
Destmann
Frankfurt 37a • Str. Frankfurter Str. 115

Komische Oper
Direktion: James Klein
Unsere Revue:
Das hat die Welt noch nicht gesehen
mit über 250 Mitwirkenden
m. d. Pariser Orig.-Ausstatt.
m. span. Orig.-Tanztruppen
mit einer Auslese der berühmtest. Bühnenkünstler
des In- und Auslandes gilt
auf der ganzen Welt als
Unvergleichliche Schenswürdigkeit!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pl. bis 6 Mk.)
Vorverkauf ununterbrochen!

Apollo-Theater
8 Uhr Theater 8 Uhr
Revue-Posse
Das lachende Berlin
D. amüsanteste Theaterabd. Berlins
Jeder 150 Mitwirkende!
Ganz kleine Eintrittspreise!
Parkett 2,50 M.

Reichshaus-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntagsnachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Dönhoff-Brett! D. große
Neujahr-Programm
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 5 1/2 U.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr
Elle-Sänger.
Die Revue des Humors.
„El te... voran“
Volkstümliche Preise.

Erfinder — Vorwärts
strengste gute Gedächtnisstütze!
Wahrheit und Anwesenheit. Gedächtnis
„Ein neuer Geist“
große durch: Erdmann & Co., Berlin,
Königsgraben Straße 71.

Auf Kredit!
Damenkleider | Steckwesten
Damenhüte | Gardinen
Damenwäsche | Pelzkragen
sowie Steppdecken, Bett-,
Tisch- und Herrenwäsche
Kleine An- und Abzahlung
Sofortige Mitgabe der Ware
Skalitzer Putzsalon
Skalitzer Straße 2

Reichshaus-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntagsnachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Dönhoff-Brett! D. große
Neujahr-Programm
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 5 1/2 U.

Inferieren
bringt ERFOLG!

Stein der Weisen
Die ideale Nagelpflege
überall erhältlich
KOPP & JOSEPH
BERLIN W.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie
für die Angehörigen von Rhein und Ruhr.
Ziehung 15., 16. u. 17. Januar 1925
12836 Gewinne im Gesamtbetrag von Rm.
300 000
75 000
50 000
25 000
10 000
Hauptgewinn:
Lose zu M. 3.30 Paris u. Gew. n. 30 Pfennig extra
10 Lose einschließlich Paris und Gewinnliste **33 M.**
Zu haben bei allen staatlichen Lotterien-Einschmern, und durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.
Lud. Müller & Co.
Berlin C 19, Jerusalemstr. 13.
Postcheckkonto 19 420

Stand und Aussichten der Getreideversorgung.

Produktion und Verbrauch.

Die Bevölkerung Deutschlands ist von 1871 bis Mitte 1914 von 41,23 auf 67,79 Millionen, also um rund zwei Drittel (genau 64,4 Proz.) angewachsen. Diese Vermehrung geschah auf einem gleichbleibenden Raum von etwa 541 000 Quadratkilometern, so daß 1871 auf einen Quadratkilometer 76, im Jahre 1914 aber schon 125 Bewohner kamen. Nach dem Kriege ist der Gebietsumfang Deutschlands auf 472 000 Quadratkilometer, also um rund ein Viertel (genau 12,7 Proz.) verringert worden. Mitte 1922 betrug die Bevölkerung 62,04 Millionen, pro Quadratkilometer 131.

Der Boden, den ein Volk (heute in der Form der Bewirtschaftung) sein eigen nennt, ist die natürliche Grundlage seiner Nahrungswirtschaft. Verdichtung der Bevölkerung (d. h. ihre Vermehrung auf gleichbleibendem Raum) ist an sich Zwang, dem Boden mehr abzugewinnen. Dieser Zwang ist in Deutschland seit 1871 in der Richtung auf Vergrößerung des landwirtschaftlich benutzten Teils des Bodens nicht wirksam gewesen. Im Gegenteil ging der Anteil der landwirtschaftlich benutzten an der Gesamtfläche von 1883 bis 1913 von 66 auf 64,3 Proz. zurück. Dieses Verhältnis hat sich im Nachkriegsdeutschland auf 63,4 Proz. weiter verschlechtert. Doch ist eine immer rationellere Verwendung der Fläche des Acker- und Gartenlandes üblich geworden derart, daß davon 1913 für Getreidearten und Hülsenfrüchte, für Haarfürche und Gemüse und für Futterpflanzen 92,3 Proz. verwendet wurden gegen nur 84,3 Proz. im Jahre 1883.

Dieser Rationalisierung der Bodenverwertung ging zur Seite eine Intensivierung der Produktion, die statistisch nicht im Gesamtbild erfasst werden kann, für die aber kennzeichnend ist, daß der Ernteertrag vom Hektar für Roggen

von 9,9 Doppelzentner im Durchschnitt der Jahre 1878—82 auf 18,2	1909—13
und für Weizen	
von 13,0 Doppelzentner im Durchschnitt der Jahre 1878—82 auf 21,4	1909—13

steig. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion hat auch, in Gesamtzahlen ausgedrückt und ins Verhältnis zur Bevölkerung gesetzt, ein günstiges Ergebnis gehabt. Es wurden nämlich geerntet im Durchschnitt der Jahre

1878—82: 5 874 000 t Roggen und 2 377 000 t Weizen, also 8 251 000 t Brotgetreide = 177 Kilo pro Kopf;
1909—13: 11 309 000 t Roggen und 4 140 000 t Weizen, also 15 449 000 t Brotgetreide = 237 Kilo pro Kopf.

Trotzdem war Deutschland in den letzten Vorkriegsjahren abhängig vom Auslande in seiner Brotgetreideversorgung. Zwar betrug der Verbrauch an Brotgetreide direkt für die menschliche Ernährung pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt des Jahrzehnts 1904—13 nur 181 Kilo (78 1/2 Kilo Weizen und 102 1/2 Kilo Roggen), aber von dem gesamten Roggenbedarf kamen im letzten Vorkriegsjahres fünf nur 33 Proz. und von dem gesamten Weizenbedarf 85 Proz. hierfür in Betracht, so daß schließlich ein Auslandszuschuß von netto 7,5 Proz. des Gesamtverbrauchs vorzulegen war.

Da der Nahrungsmittelbedarf mit dem Brotverbrauch allein nicht gedeckt ist, so sei noch festgestellt, daß nach den Berechnungen des Professors Dr. H. H. H. in den letzten Vorkriegsjahren nicht weniger als 22 Proz. des deutschen Nahrungs- mittelverbrauchs (ohne Alkohol nach geschmeckt) aus dem Auslande stammten. Die deutsche Landwirtschaft als solches hat die Versorgungspflicht der deutschen Bevölkerung bei demnach auf anderen Gebieten als gerade dem der Brotgetreideversorgung weitestgehend abgesehen und im ganzen den Beweis erbracht, daß sie unter den günstigen Vorkriegsverhältnissen den Nahrungsmittelbedarf der deutschen Bevölkerung nicht zu decken vermochte.

Die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse haben auf die Produktionskraft und auf den Produktionswillen der deutschen Landwirtschaft verhängnisvoll gewirkt. Das beweist die Statistik der Kriegsernten 1915—19 und der Nachkriegsernten. (Sie beweist es trotz einiger Vorbehalte, die man bezüglich ihrer Zuverlässigkeit für die Zwangsjahre machen muß.) Es wurden nach dieser Statistik vom Hektar geerntet:

11,0 Dz Roggen im Durchschnitt der Jahre 1915—19	gegen 18,2 Dz
11,3 Dz	1921—22
17,9 Dz Weizen	1915—19
17,3 Dz	1921—22

Die Hektarerträge sind also enorm zurückgegangen. Betrachten wir nunmehr die Produktions- und Verbrauchsverhältnisse in den beiden letzten Jahren, 1923 und 1924. Da ergibt sich nun zunächst bezüglich der Fläche, die dem Anbau von Roggen und Weizen gewidmet war, daß befestigt wurden

1923	1924	1913
mit Roggen . . . 4 366 000	4 290 000	5 290 000 Hektar
mit Weizen . . . 1 807 000	1 589 000	1 949 000

Die Roggen- und Weizenpreise im Jahre 1924.

Die Anbaufläche ist also ganz erheblich eingeschränkt worden. Die Erträge pro Hektar sind auch 1923 und 1924 erheblich hinter den Vorkriegsergebnissen zurückgeblieben, wenn auch 1923 ein großer Fortschritt gegen die Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre zu verzeichnen war. (Das Jahr 1924 war durch die verheerenden Witterungsverhältnisse ein regelrechtes Fehljahr und kann zur Beurteilung nur mit Vorbehalt herangezogen werden.) Nach den statistischen Ergebnissen, die für 1924 noch nicht als endgültig zu betrachten sind (sie sind wahrscheinlich noch zu günstig), wurden vom Hektar geerntet:

	1923	1924	1913
			im heutigen Staatsgebiet
Roggen . . .	15,3	14,1	19,3
Weizen . . .	19,0	16,9	23,0

Das Gesamtergebnis entspricht natürlich diesem Rückgang der Anbaufläche und der Hektarerträge. Die deutsche Gesamternte betrug:

	1923	1924	1913
			im heutigen Staatsgebiet
Roggen . . .	6 681 600	5 998 000	10 131 800 Tonnen
Weizen . . .	3 036 900	2 684 000	4 480 900
zusammen	9 718 500	8 682 000	14 612 700 Tonnen

Die Folgen dieser Produktionsergebnisse treten in einem starken Einjahrsbedarf klar zutage. Im Erntejahr 1923/24 (August 1923 bis einschließlich Juli 1924) betrug die Nettoeinkaufs- und Brotgetreide- und Mehl 1 408 000 Tonnen = 12,6 Proz. des auf 11 150 000 Tonnen geschätzten Gesamtverbrauchs. Pro Kopf der auf 63 Millionen zu schätzenden Bevölkerung ergibt dies einen Verbrauch von nur 177 Kilo. Das heißt also, es stand pro Kopf der Bevölkerung eine geringere Bruttomenge zur Verfügung, als im letzten Vorkriegsjahrzehnt die Nettomenge (181 Kilo) betragen hat. (Der Bruttoverbrauch betrug im letzten Vorkriegsjahrzehnt pro Kopf der Bevölkerung 255 Kilo jährlich.) Die Brotgetreideernte stand also in Deutschland im Erntejahr 1923/24 im Zeichen potenzierten Minderkonsums. Dieser ist hauptsächlich durch die Not der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung verursacht, die nicht mehr in der Lage sind, ihre „Friedensration“ an Brot und Mehl zu verbrauchen, sondern ihren Hunger mit minderwertigen Nahrungsmitteln, vornehmlich Kartoffeln, betreiben müssen.

Das neue Erntejahr 1924/25 wird keine besseren Versorgungs-verhältnisse bringen. Die Ernte ist schlecht ausgefallen, der Zuschußbedarf aus dem Auslande ist dadurch bedeutend höher, als im vergangenen Jahre. Wie diese größeren Importe bezahlt werden sollen, ist eine offene Frage angesichts des verhängnisvollen Daniederliegens des deutschen Exporthandels. Dazu kommt die gewaltige Verteuerung des Brotgetreides, die ganz sicher keine Erhöhung des Brotkonsums der arbeitenden Massen erlaubt, eher eine weitere Verringerung herbeiführen wird. Der Ausblick ins neue Jahre ist also recht trübe.

Die Preisbewegung.

Im Durchschnitt des Jahres 1913 hat die Tonne (1000 Kilo) Roggen an der Berliner Börse 164,30 Mark gekostet, und die Tonne Weizen 198,90 Mark. Im Durchschnitt des letzten Vorkriegsjahres waren die entsprechenden Preise für Roggen 169,40 Mark, und für Weizen 213,10 Mark. In diesen Preisen steckt ein Sondergewinn für die deutschen Produzenten in Höhe etwa des Einfuhrzollses, der für Roggen 50 Mark und für Weizen 55 Mark pro Tonne betrug. Dieser Sondergewinn ist nach dem Kriege bisher der deutschen Landwirtschaft nicht wieder zugeflossen, da infolge des Widerstandes der Sozialdemokratie die am 4. August 1914 ausgesprochene Aufhebung der Getreidezölle nicht aufgehoben werden konnte.

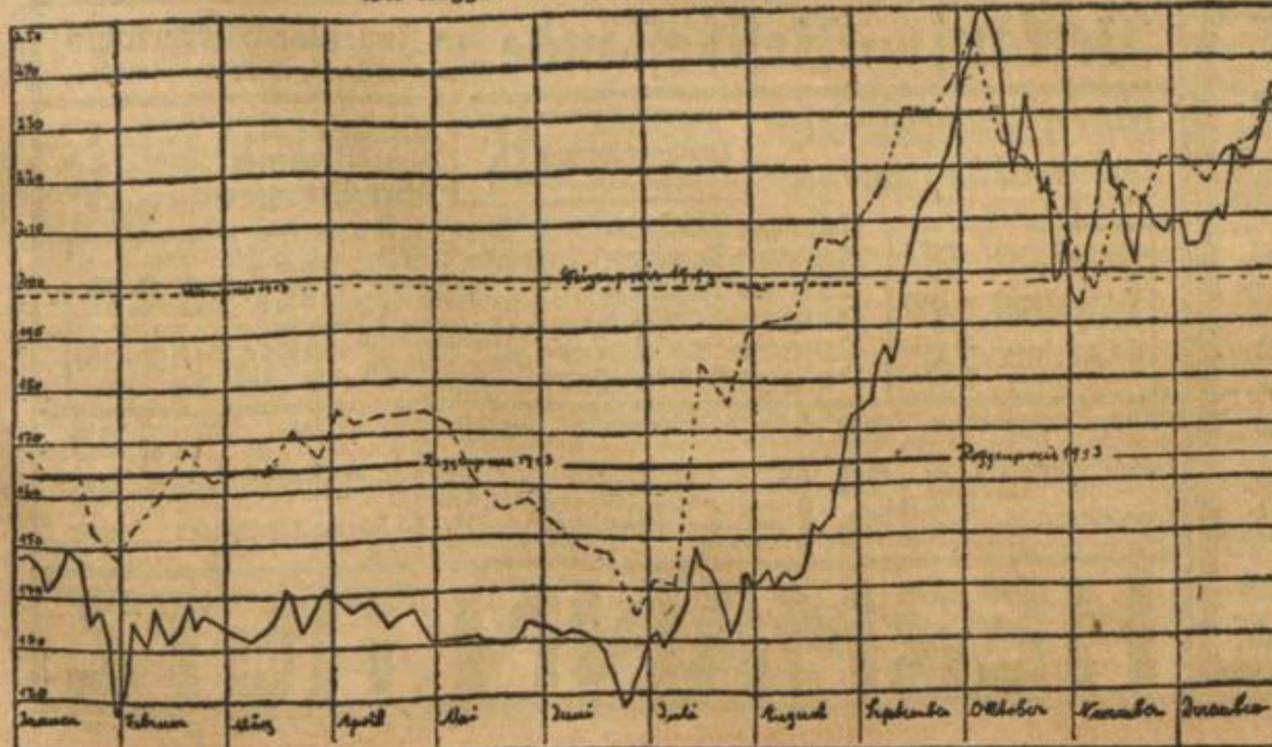
Gleichwohl hat sich die deutsche Landwirtschaft im Jahre 1924 im Verhältnis zu den letzten Friedenspreisen durchschnittlich recht guter Preise erfreuen können. Im Durchschnitt des Jahres 1923 ergab sich ein Berliner Börsenpreis von 146,80 Mark für die Tonne Roggen und von 170,60 Mark für Weizen. Wie sich von diesen letzten 1923er Preisen aus dem Laufe des Jahres 1924 die Preisbewegung entwickelte, das sei zunächst an den monatlichen Durchschnittspreisen klargestellt. Es kostete die Tonne

	Roggen	Weizen	Roggen	Weizen
Januar . . .	140,58	158,86	Juli	188,38
Februar . . .	153,94	160,46	August	149,25
März	135,54	167,65	September	199,81
April	136,28	173,57	Oktober	224,78
Mai	151,15	162,04	November	207,69
Juni	126,98	144,93	Dezember	215,87

*) Gehäuft.

Das ergibt einen Jahres-Durchschnittspreis von 161,50 Mark für die Tonne Roggen und von 184,90 Mark für Weizen.

Von Tag zu Tag ist die Preisbewegung recht bewegt gewesen. Ein Blick auf die graphische Tabelle „Die Roggen- und Weizenpreise im Jahre 1924“ belehrt darüber. (Die untere Linie ist die der Roggenpreise, gezeichnet nach den täglichen Notierungen. Die obere Linie ist die der Weizenpreise, gezeichnet nach je einem Stichtag pro Woche nach „Wirtschaft und Statistik“.)



Im Januar 1924 sind Roggen- und Weizenpreise beträchtlich zurückgegangen. Der Roggen erreichte am 31. Januar den tiefsten Stand des Jahres mit 118,50 Mark. Anfang Februar stiegen die Preise wieder (für Weizen mehr als für Roggen) und hielten sich bis April auf ungefähr gleicher Höhe, um dann unter dem Einfluß des allgemeinen Geldmangels erneut stark zurückzugehen: am 23./24. Juni sank Roggen nochmals auf einen Preis von 118,50 Mark. Im Juli begann dann eine steile Linie der Entwicklung zu höchsten Preisen sich herauszubilden, die ihren Kulminationspunkt am 6. Oktober mit einem Roggenpreis von 250 Mark fand. Der tiefste Oktoberpunkt war danach für Roggen 198 Mark; der höchste Stand im November war für Roggen 222,50 Mark und der tiefste 193,50 Mark; der höchste Stand im Dezember war 233,50 Mark am 29. und der tiefste 204 Mark am 3. Dezember. Der Dezember hat also ein neues kräftiges Ansteigen der Preise gebracht und bedeutet insoweit eine den Agrariern besonders angenehme Overtüre fürs neue Jahr.

Fragen wir nach den Gründen dieser gewaltigen Preissteigerungen im letzten Halbjahr, so liegt es nahe, auf die schlechte deutsche Ernte hinzuweisen. Im Zeitraume der schnellen und billigen erdnahrungsmittelverföhrungsverbindungen wird aber der Getreidepreis bestimmt nach dem Ausfall der Weltenernte. Bedeutungslos in diesem Sinne ist die schlechte deutsche Ernte, soweit sie mit zu dem verhängnisvollen Minus beigetragen hat, das die Weltenernte des Jahres 1924 im Verhältnis zum Bedarf aufweist. Man schätzt z. B. die Ernte dieses Jahres in Europa (ohne Rußland) auf 272 Millionen Doppelzentner Weizen gegen 312 Mill. Dtzr. im Vorjahre. Die tonangebende und vereinigte Staaten-Ernte an Weizen ergab 1924 nur 307 Mill. Dtzr. gegen 343 Mill. Dtzr. im Vorjahre. Auch die Ernten in Argentinien, in Indien und Afrika brachten Mindererträge. Ein hoher Minderertrag zeigt sich auch für Roggen. In Europa wurden davon nur 167 Mill. Dtzr. geerntet gegen 209 Mill. Dtzr. im Jahre zuvor.

Und dann noch Getreidezölle!

Für das neue Jahre ergeben sich die schlimmsten Aussichten. In den Vereinigten Staaten ist zwar nach einem Bericht des staatlichen Ackerbauamtes vom 18. Dezember für die neue Ernte ein etwas größerer Landkomplex mit Weizen bestellt worden (ein etwas geringerer mit Roggen), aber die Erntevorschätzungen für 1925 lauten viel ungünstiger, als die Vorschätzungen für die 1924er Ernte im Dezember 1923 waren. Allgemein scheint der Welt mit den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht Schritt gehalten zu haben. Wir stehen im Beginn einer Zeit, die dauernd höhere Preise für die Produkte der Landwirtschaft haben wird, als wir sie in der Vergangenheit kennen. Die deutschen Durchschnittspreise im letzten Halbjahr 1924 von 199 Mark für die Tonne Roggen und von 208,50 Mark für die Tonne Weizen, Preise, die keine Sondergewinne durch Zollschutz einschließen, werden zukünftig voraussichtlich Mindestpreise sein. Es ist eher mit bedeutend höheren, als mit diesen Preisen zu rechnen. In dieser Situation würden Getreidezölle katastrophal wirken. In Vorkriegshöhe wieder eingeführt, würden sie die Preise um die vollen Zollbeträge (50 Mark pro Tonne für Roggen und 55 Mark für Weizen) weiter steigern und dadurch den jetzt schon weit unternormalen Brotkonsum der breiten Massen noch tiefer herabdrücken. Die Agrarzoll-Politik des Jahres 1925 wird die Existenzfrage für die Arbeiterschaft bedeuten. Mit allen Mitteln muß die Wiedereröffnung der Brotzölle abgewehrt werden. Joh. Kreyen.

Gegen die Fleischverteuerung durch Zölle.

Die schutzfreundlichen Landwirte müssen in immer stärkerem Maße wahrnehmen, daß die Deffektivität nicht genügt ist, ihre Forderungen sich ohne weiteres zu eigen zu machen. Um aber trotzdem zum Ziele zu kommen, bedienen sie sich jetzt eines sehr eigenartigen Arguments. Sie behaupten, es sei ein steigender Anteil des Auslandes an der deutschen Fleisch- und Fettversorgung zu verzeichnen. Er bewege sich in einem Umfang, der die schlimmsten Befürchtungen für die deutsche Fleisch- und Fettproduktion berechtigt erscheinen lasse. Deshalb schon, weniger der hohen Getreidepreise wegen, müsse daran gedacht werden, einen wirkungsvollen Schutz Zoll für die einheimischen Agrarprodukte einzuführen.

Diesem Wanders trat kürzlich Herr E. v. d. Warth, Geschäftsführer des Fachauschusses für Fleischversorgung, in Nr. 13 des „Berliner Tageblatt“ mit interessanten Ausführungen entgegen, indem er an Hand offizieller Zahlen den wirklichen Umfang der gegenwärtigen Fleisch-einfuhr nachwies. Er schrieb: „... wenn man die Vor- und Nachkriegseinfuhr objektiv gegenüber abwertet will, so ist der einfachste Weg dazu, die Zahlen genau pro Kopf der Bevölkerung zu errechnen. Danach ergeben sich jedoch bei einer Gegenüberstellung der Gesamteinfuhr von Vieh und des Einfuhrüberschusses von Fleisch und tierischen Fetten folgende Zahlen:

	1913	1924
Fleisch von lebend eingef. Schlachtvieh	0,73 kg	0,43 kg
Fleisch von geschlacht. eingef. Schlachtvieh	0,60	1,52
Fleisch von lebend und geschlacht. eingef. Federvieh, Wild und Haarwild	0,50	0,07
Speck, Schmalz, Talg u. a. tierische Fette	2,04	2,52
Insgesamt aus Fleisch und Vieh	3,87 kg	4,54 kg

Die Einfuhr von Vieh, Fleisch und tierischen Fetten ist also in Wirklichkeit nur um 17,3 Proz. gestiegen. Wenn es sich jedoch darum handelt, den Anteil des Auslandes an der deutschen Fleisch- und Fettversorgung festzustellen, so darf doch nicht übersehen werden, daß das Ausland nicht nur einen Anteil durch die direkte Einfuhr von Fleisch und Vieh hat, sondern einen solchen durch indirekte Einfuhr in Gestalt von Gerste und Mais zur Schweinemast. Diese letztere aber ist außerordentlich zurückgegangen, weil der Hauptlieferant der Vorkriegszeit — Rußland — vorläufig noch vollkommen ausfällt und der Ersatz von Uebersee zu teuer ist. — Da nach der allgemeinen Rechnung 6 Pfd. Gerste oder Mais 1 Pfd. Schweinefleisch (Schlachtgewicht) ergeben, so läßt sich auch diese indirekte Fleisch-einfuhr genau errechnen und der Gesamtanteil des Auslandes an der Fleischversorgung stellt sich danach in den Vergleichszeitabschnitten wie folgt:

	1913	1924	gegen 1913
Direkte Einfuhr . . .	3,87 kg	4,54 kg	+ 17,3 Proz.
Indirekte Einfuhr . . .	6,54	1,38	- 78,9
	10,41 kg	5,92 kg	- 43,1 Proz.

Die Gesamteinfuhr ist also nicht gestiegen, sondern um 43,1 Proz. kleiner geworden, und damit ist der Gesamtanteil des Auslandes an der Versorgung Deutschlands mit Fleisch und Fetten — aus beschaulichsten Inlands-schlachtungen und Ein-

fuhr — von 31,5 Proz. im Jahre 1913 auf 25 Proz. im Jahre 1924 zurückgegangen.

Nach dieser Darstellung handelt die Landwirte Klug, wenn sie das Argument von der Fleischeinfuhr nicht in die Schutzolldebatte werfen. Es steht nicht, dafür würde es aber zu begrüßen sein, wenn sich die Landwirte endlich einmal näher mit den Vorschlägen der Schutzollgegner zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse beschäftigen und überlegen würden, wie sich unter Umgehung des Schutzolles, von dessen Schädlichkeit nebenbei bemerkt selbst die namhaftesten Vertreter der Wissenschaft überzeugt sind, etwas Brauchbares schaffen läßt.

Baut für Brauindustrie. Daß eine Verwaltung eine Macht, die sie einmal erlangt hat, nicht freiwillig aus den Händen gibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Bei der Gesellschaft sind feinerzeit Vorzugsaktien mit der Begründung der Ueberfremdungsfahr geschaffen worden. Diese Vorzugsaktien mit mehrfacher Stimmkraft in drei Fällen ermöglichten es der Verwaltung, die Macht bei Festlegung einer kaum nennenswerten Geldsumme in die Hand zu bekommen und in der Hand zu behalten. Sie gab in der Generalversammlung auf Vorschalt eines Aktionärs ohne weiteres zu, daß die Rottwe, aus denen heraus die Schaffung von Vorzugsaktien vorgenommen worden seien, heute nicht mehr vorhanden wären und daß sie eigentlich in Fortfall kommen müßten. Trotzdem hält sie an der Beibehaltung der Vorzugsaktien fest, weil das Gesetz ihre Beibehaltung gefordert. Wenn sie die Vorzugsaktien einziehen würde, so würde sie unzulässigerweise ihre Rechtsposition schwächen. Ja, darüber hinaus erweiterte sie das mehrfache Stimmrecht, das bisher aus steuerlichen Gründen auf drei Fälle beschränkt war, auf alle Stimmberechtigungen dieser Aktien.

Interessant ist dann, was die Verwaltung über die Obligationensteuer ausführt:

„Wir bemerken, daß wir auf Grund des Obligationensteuergesetzes für unsere eingelosten Obligationen mit einer Steuer von 255 772 M. veranlagt worden sind. Wir sind wegen der Veranlagung bei der zuständigen Behörde vorstellig geworden. Diese Veranlagung bildet für uns insbesondere deshalb geradezu eine Ungeheuerlichkeit, weil ein beträchtlicher Teil des feinerzeit der Obligationenanleihe dienenden Pfandes aus unseren namhaftesten Beteiligungen an Eisack-Vorbringischen Brauereien bestand, mit welchen es uns folgendermaßen erging: Dieser Besitz wurde zwangsweise, aber recht günstig liquidiert. Die Reichsbehörde erhielt hierfür den vollen Liquidationserlös in mehreren Millionen Goldfrank, während uns auf Grund der erlassenen Bestimmungen nur wenige 2 pro Mille des Betrages in Papiermark gezahlt werden sollen. Wir halten es für undenkbar, daß dieser gewaltsame in seiner Weise zu rechtfertigende Widerspruch, welcher in der verschiedenen Beurteilung von Aufwertungsplätzen liegt und den man bei Privaten als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnen müßte, von der Reichsbehörde aufrechterhalten werden kann.“

Wir unsererseits möchten dazu bemerken: Es ist Tatsache, daß die Gesellschaft ihre Obligationen in entwertetem Gelde zurückzahlt und es ist nur gerechtfertigt, daß das Reich diese Entwertungsgemäße durch die Obligationensteuer erfährt. Unabhängig davon ist die Frage der Auszahlung des Liquidationserlöses aus dem eisack-Vorbringischen Besitz zu beurteilen. Hier mag eine Beschwerde am Platze sein.

Dem der Zusammenlegung widersprechenden Aktionär mußte wegen seines kaum nennenswerten Kapitalbetrages sein Widerspruch nichts. Gegen seine Stimmen wurde die Zusammenlegung der Stammaktien im Verhältnis von 50 : 1, der Vorzugsaktien im Verhältnis von 400 : 3 beschloffen.

Berliner Rind-Brauerei A.-G. In ihrem Geschäftsbericht zum 30. September 1924, der zugleich die erste Abschlußbilanz für das Zwischengeschäftsjahr April-Oktober enthält, spricht die Berliner Rind-Brauerei von den „übertriebenen Lohnforderungen“, die zu Pfingsten 1924 zu einem Streik ihrer Belegschaft geführt hat. Trotz der „übertriebenen“ Lohnforderungen weist die Abschlußbilanz für das halbe Jahr einen Bilanzgewinn von über 730 000 Mark aus, aus dem auf die 4,15 Prioritätsstammaktien (Gesamtkapital 5,17 Millionen) eine Dividende von 10 Proz. verteilt wird. Auf den Rest des Aktienkapitals werden 6 bzw. 9 Proz. Dividende verteilt. Der tatsächliche Gewinn in dem halben Jahre ist fast 2½ mal so hoch als der ausgewiesene Bilanzgewinn und beträgt annähernd 1 700 000 M., oder fast ein Viertel des gesamten in der Goldberöffnungsbilanz vom 1. April 1924 ausgewiesenen Unternehmensvermögens. Wenn er ausgeschüttet worden wäre, hätte

die Berliner Rind-Brauerei A.-G. auf ihre 5,1 Millionen Kapital 30 Proz. Dividende auszahlen müssen. Sie zog aber vor, über 1 Million des erzielten Gewinnes in den Abschreibungen zu verstecken (50 Proz. Abschreibung auf Maschinen und Apparate, 50 Proz. auf Lagerfässer und je 100 Proz. auf Verordnungen, Pferde und Wagen und Inventar). Zu hoch können die Ansprüche in der Goldberöffnungsbilanz nicht gewesen sein; sonst hätte die Gesellschaft nicht 10 Proz. Dividende ansetzen können. Die Abschreibungen enthalten also tatsächliche Gewinne. Damit fällt auch helles Licht auf die Goldbilanz vom 1. April 1924, in der das Aktienkapital gegenüber 1914 nur um etwa 1 Million erhöht wurde, obwohl inzwischen die Brauerei Gabriel u. Richter, Weihensee, F. Happoldt und Königstadt hinzuerworben worden sind. Der Riesengewinn des halben Jahres (in einem ganzen Geschäftsjahr betrüge er fast die Hälfte des gesamten Vermögens) beweist daher, wie groß die stillen Reserven in der Goldberöffnungsbilanz waren. Daß die Rind-Brauerei sehr bald ihr Kapital wird verwerfen müssen, um ihre Gewinne nicht zu auffällig werden zu lassen, scheint sicher. Der ganze Fall der Rind-Brauerei aber ist ein klassisches Beispiel dafür, was davon zu halten ist, wenn die Brauereien heute von übertriebenen Lohnforderungen reden und wenn in Fällen wie dem vorjährigen Pfingststreik die Technische Rothilfe gegen die Lohnkämpfe der Brauereiarbeiter eingesetzt wird.

Ausnutzung der Wasserkräfte des Rio Grande. Habas erfährt aus Washington, daß die Vereinigten Staaten und Mexiko ein Abkommen über die Ausnutzung der Wasserkräfte des Rio Grande treffen werden.

Der Bundeskongress des ADB.

2. Verhandlungstag.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wird über die gehörten Referate die Diskussion eröffnet. Zur Beratung stehen gleichzeitig eine Reihe von Anträgen, die sich auf die in den Referaten erörterten Fragen beziehen. Die Aussprache wird dann unterbrochen, um einen Vortrag: „Beamte und Republik“ zu hören. Vor den aufmerksamen Zuhörern gab Chefredakteur Bernhard zunächst einen historischen Ueberblick über die Stellung der Beamtenbureaucratie nach Staatsumwälzungen zu dem neuen Staatswesen. Trotdem die deutsche Revolution von 1918 kein beunruhigender Willensakt eines revolutionären Volkes war, sondern vielmehr ein Akt der Ordnung

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	19,50—24,75	Kakao, fettarm	70,00—96,00
Gerstengrütze, lose ..	18,50—18,75	Kakao, leicht entölt ..	100,00—120,00
Halerfloeken, lose ..	20,00—21,50	Tea, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Halergrütze, lose ..	21,50—22,50	Tea, indischer, gepackt ..	40,00—470,00
Roggenmehl 9/1 ..	18,25—20,50	Inlandszucker basis mel ..	29,00—31,00
Weizengrieß ..	21,00—25,00	Inlandszucker Raffinade ..	31,0—33,00
Hartgrieß ..	26,25—24,50	Zucker Würfel ..	33,5—37,0
70% Weizenmehl ..	19,00—20,50	Kunsthonig ..	34,0—36,00
Weizen-Auszugmehl ..	20,25—26,75	Zuckersirup hell in Elm ..	40,00—
Speiseerbsen, Viktoria ..	19,00—22,25	Speisesirup dunkl. in Elm ..	27,00—30,00
Speiseerbsen, kleine ..	15,00—16,00	Marmelade Eintr. Erdb ..	90,00—9,00
Bohnen, weiße, 1. art ..	20,50—23,00	Phaenomenus in Eimern ..	40,00—
Langbohnen, handverles ..	27,00—32,0	Stensalz, in Säcken ..	3,10—3,60
Linsen, kleine ..	18,00—23,50	Siedesalz in Säcken ..	3,70—4,20
Linsen, mittel ..	31,00—42,00	Bratenschmalz in Tierces ..	4,40—5,00
Linsen, große ..	44,00—53,50	Bratenschmalz in Käben ..	5,70—5,80
Kartoffelmehl ..	19,00—22,00	Bratenschmalz in Kisten ..	9,50—9,50
Makkaroni, Hartgrießw ..	43,25—53,0	Purelard in Tierces ..	88,0—89,50
Eiernudeln ..	47,00—73,50	Purelard in Kisten ..	89,00—90,0
Mehlnudeln ..	23,50—26,75	Speisesalz in Packung ..	65,0—66,00
Bruchreis ..	15,50—17,75	Speisesalz in Kisten ..	66,00—
Rangoon Reis ..	19,00—20,00	Margarine, Handelsm. I ..	66,00—
Tafelreis, glasiert, Patna ..	24,5—32,00	desgl. II ..	60,00—63,00
Tafelreis, Java ..	32,75—42,00	Margarine, Spezialm. I ..	80,00—81,00
Risapfel, amerik. ..	77,00—90,00	desgl. II ..	69,00—71,00
Oetr. Pflanzen 90/100 ..	44,00—50,0	Molkereibutter Ia I. Pack ..	179,00—190,00
Pläumen, entsteint ..	74,00—85,0	Molkereibutter Ia I. Pack ..	179,00—190,00
Cal. Pläumen 40/50 ..	66,00—68,00	Molkereibutter Ia I. Pack ..	177,00—182,00
Posinen in Kisten, Candia ..	60,00—71,0	Auslandbutter in Fässern ..	203,00—212,0
Sultaninen Caraburnu ..	78,00—95,00	Corned beef 120 lbs p. K ..	39,00—
Korinthen, Chocho ..	58,00—74,00	Ausi. Speck, geräuchert ..	108,00—115,00
Mandeln, süße Bari ..	205,00—210,0	Quadratkäse ..	33,00—45,00
Mandeln, bittere Bari ..	200,00—210,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	120,00—130,00
Zimt (Cassia) ..	100,00—120,00	Echter Emmentaler ..	165,00—175,0
Kümmel, holländischer ..	63,50—60,00	Echter Edamer 40% ..	118,00—125,00
Schwarzer Pfeffer Singsap ..	110,00—120,0	2% ..	85,00—95,00
Weider Pfeffer ..	155,00—173,00	Ausi. ungezuck. Condensmilch ..	20,00—22,50
Rohkaffee Brasil ..	215,00—23,00	4% ..	20,00—22,50
Rohkaffee Zentralamerika ..	250,00—310,00	Inl. gez. Condensm. 48/14 ..	25,25—
Rohkaffee Brasil ..	270,00—310,00		
Rohkaffee Zentralam. ..	330,00—400,00		
Röstgetreide, lose ..	20,00—22,00		

gegenüber dem Chaos, das die alten Machthaber zurückließen, stellte das damalige Beamtentum sich nicht aus Liebe zur Republik zur Verfügung, sondern aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus. Leider ist die Republik zu leichtgläubig bei den Versicherungen der neuen „Ueberzeugungstreue“ dieser Beamten gewesen. Die Folgen zeigen sich jetzt darin, daß

Uebergriffe gegen die Republik

zu beobachten sind, wie sie früher gegen die Monarchie nicht möglich gewesen wären. Beamte, die sich so betrogen, können unmöglich Exponenten des neuen Staates sein. Bernhard bezeichnete die Betonung des schwarzweißen Farbensymbols durch die Reaktionen aller Arten als einen Betrug. Hinter einem solchen Aushängeschild werden nur die wahren Absichten der Drahtzieher geleistet verborgen. Den Kreisen, die heute über Korruption zetern, ist zu sagen, daß die Verbindung von Politik und Geschäft früher zum guten Ton der Gesellschaft gehörte. Der Kampf richtet sich nicht direkt gegen die Republik, sondern gegen die Republikaner, die sie beherrschen. Man denkt bei der Fülle der zur Verfügung stehenden Monarchen gar nicht an eine Monarchie; das Ziel ist, die Verwaltung wieder zu besetzen nach altem preussischen System. Die Republik hat die Verpflichtung, sich ihre Beamten zu erheben, um sie den jeweiligen republikanischen Ministern als Gehilfen zur Verfügung stellen zu können. Es ist nicht nötig, daß jeder für jeden Posten verwendbar sein muß, aber die Republik muß die befähigten Kräfte zum Durchbruch bringen. In den weiteren Ausführungen kam der Referent auf

Die Pflichten des Staates gegen seine Beamten

zu sprechen, wobei er besonders die Notwendigkeit des Schutzes der Republikaner unter den Beamten betonte. (Starker Beifall.)

Das Referat von Staatssekretär Dr. Prof. Dr. Hirsch brachte einen Abriss des Reparationsproblems bis zur Annahme des Dawes-Gutachtens. Prof. Hirsch kam nach einer kurzen Skizzierung des Dawes-Gutachtens zu einer Kritik dessen Bestimmungen. Nach seiner Ansicht stellt sich die dauernde Belastung aus dem Gutachten als schwerer heraus, als selbst vom Komitee angenommen wurde. Ein besonders schwerer Fehler ist die Zusage an das Komitee, Teile der Aktien und Obligationen der Reichsbahn verkaufen zu können, ohne daß vorher die endgültige Festlegung unserer Schuld erfolgt ist. Inhere Wirtschaftspolitik ist zum Teil in fremder Hand; die Belastung aus dem Gutachten trifft zu etwa sieben Achsten den Verbrauch in jeder Form und nur im Rest den Besitz. Prof. Hirsch erhob die Mahnung, bei der Schaffung neuer Einnahmen für die kommenden Reparationslasten darauf zu achten, daß die Arbeitnehmerschaft nicht wieder über Gebühr belastet wird. An Stelle seiner Empfehlungen sollte das Gutachten die Möglichkeiten der Lastenauflösung festgelegt haben. Die parlamentarischen Vertretungen der arbeitenden Bevölkerung sollten die Vorteile des Gutachtens bezüglich der Kostenverteilung verfolgen, gefehlt festlegen. Seine Stellung legte Prof. Hirsch in einer Reihe von Vorschlägen vor, die u. a. die Transparenzfrage und die Bestimmung des Gutachtens, die von der Gleichstellung der deutschen Arbeitnehmerschaft mit den westlichen Arbeitern spricht, berühren. Vorschläge über die Finanzfrage beschloffen das Referat.

Inzwischen sind Vertreter des Wohlfahrts- und des Postministeriums erschienen. Der Vorsitzende verteilte Schreiben der scheidenden Beamtenverbände; die Franzosen haben sich mit Arbeitsüberlastung entschuldigt. Nach der Mittagspause spricht in der fortgesetzten Diskussion zuerst Hoffmann von der Allgemeinen Postgewerkschaft. Ein weiterer Redner steht in dem bisherigen Verhalten des DVB. keinen Anreiz zu weiteren Einigungsverhandlungen. Jachert spricht zur Befriedigungsfrage; Jander fordert den Ausbau der Bundeszeitung in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die Beamtenorganisationen müßten der Junglehrerfrage erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Renne von der AG. will nicht den Kampf gegen die gewerkschaftlichen Beamtenverbände; notwendiger sei, in den Mitgliedern des DVB. Kollegen zu erkennen, die aufgeführt werden müßten. Die Beamten müssen begreifen lernen, daß sie in der gegenwärtigen Wirtschaftslage immer mehr proletarisiert werden. Verbandvorsitzender Scheffel, DVB., erinnert daran, wie feinerzeit Reichsanwalt Dr. Hirsch zugeben mußte, daß

Die geschlossene Front der Reichsbeamten

und Arbeiter die Regierung zum Nachgeben gezwungen hätte. Leider ist gerade von den anderen Beamtenorganisationen daraus nicht die nötige Schlussfolgerung gezogen worden. Die Zusammenführung aller Beamten ist dringend erforderlich. Die Verhandlungen wurden um 6 Uhr auf Mittwoch vertagt.

Inventar

Beginn 2. Januar

Kein Verkauf an Wiederverkäufer
Mengenabgabe vorbehalten

AUSVERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

Fortsetzung des Verkaufes
Porzellan, Glas, Wirtschaftsartikel

Kasserollen Aluminium mit Blei ..	75, 95 Pf.	Teppichkehrer ..	750
Schmortöpfe Aluminium mit Blei ..	1 10 1 35	Zahnbürsten ..	25, 30 Pf.
Wasserkessel Aluminium ..	2 50 3 50 4 50 5 50	Kaffeelöffel Alpaka ..	25, 40 Pf.
Zinkwannen mit Holzbo. ..	9 50 11 50	Esslöffel Alpaka ..	55, 75 Pf.
Zinkzuber mit Holzbo. ..	9 00 11 50	Emaillier-Eimer ..	90 Pf.

Durchbrochenes Steingut verb. Bismutglase, Rückenteller, Teetischplatten in einem hübschen Drillen

Tassen Goldrand und Linie ..	28 Pf.	Butterglocke Goldrand ..	85 Pf.
Kaffeesservice für 2 Personen ..	2 75	Kompotteller gepreest ..	8 Pf.
Kaffeesservice für 6 Personen ..	4 50	Butterglocken gepreest ..	28 Pf.
Speiseteller Goldr. Flachbod. ..	58 Pf.	Teegläser „Flora“ ..	18 Pf.

EMAILLE zum Aussuchen darunter: Kasserollen, Schmortöpfe, Wasserkessel, Bratpfannen, Milchtöpfe, Schüsseln usw.

Verkauf der Restbestände des Inventur-Ausverkaufs
Preise teilweise nochmals ermäßigt

Herren-Ulster 38 ⁰⁰ 48 ⁰⁰ verschied. Stoffe, mod. Form, jetzt	Ein Posten Jünglings-Anzüge 24 ⁵⁰ ab Groß- und Jatzl durchweg	Binder in vielen 110 reinr. Seide, 1 30 Mustern einfarbig ..	Nachthemd für Herren in 4 75 guter Aussthr.	Sportkragen weiss, 4 Stück 1 ⁰⁰
Sakkoanzüge 36 ⁰⁰ 48 ⁰⁰ in allen Größen .. jetzt	Herren-Socken einfarbig, mit verstärkter Ferse und Spitze .. 38 Pf.	Herren-Socken einfarbig, mit Längstreif. Doppelkante u. Hochober .. 75 Pf.	Herren-Socken einfarbig, Seidenfaser und Nako, mod. Jacquard-Must. .. 1 25	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 1 45
Filztuchkissen vorgezeichnet .. 2 25	Herren-Socken einfarbig, mit Längstreif. Doppelkante u. Hochober .. 75 Pf.	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 1 45	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 1 95	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 2 90
Kaffeewärmer Filztuch .. 1 80	Bajazzkissen vorgezeichnet .. 75 Pf.	Rüschen-Gummiband Kanststoffe .. 25 Pf.	Riesen-Sternenseife .. Stück 40 Pf.	Taschennecessaires Einricht. 30, 40 Pf.
Bajazzkissen vorgezeichnet .. 75 Pf.	Rüschen-Gummiband Kanststoffe .. 25 Pf.	Leinenknöpfe 4 Dutzend in 4 verschiedenen Größen sortiert .. 28 Pf.	Zeiluloid-Handspiegel .. Stück 80 Pf.	Zeiluloid-Rastspiegel .. Stück 90 Pf.
		Gummiband 1-1/2 Zoll .. 20 Pf.	Kopf- u. Kleiderbürsten Stück 75, 95 Pf.	Salm. Terp.-Seifenp. IV. 1-Pfd.-Pak. 18 Pf.
			Felnsoda .. 3-kg.-Paket 35 Pf.	

Filztuchkissen vorgezeichnet .. 2 25	Kaffeewärmer Filztuch .. 1 80	Bajazzkissen vorgezeichnet .. 75 Pf.	Rüschen-Gummiband Kanststoffe .. 25 Pf.	Leinenknöpfe 4 Dutzend in 4 verschiedenen Größen sortiert .. 28 Pf.	Gummiband 1-1/2 Zoll .. 20 Pf.
Herren-Socken einfarbig, mit verstärkter Ferse und Spitze .. 38 Pf.	Herren-Socken einfarbig, mit Längstreif. Doppelkante u. Hochober .. 75 Pf.	Herren-Socken einfarbig, Seidenfaser und Nako, mod. Jacquard-Must. .. 1 25	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 1 45	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 1 95	Damen-Schlüpf. Baummwolle, farbig mit angewebtem Futter .. 2 90
Binder in vielen 110 reinr. Seide, 1 30 Mustern einfarbig ..	Nachthemd für Herren in 4 75 guter Aussthr.	Sportkragen weiss, 4 Stück 1 ⁰⁰	Briefpapier gute Qual., 15 Bog., 25 Umschl. mit Seidenfaser .. 85, 65, 48 Pf.	Briefpapier in Mappen, 25 Bog., 25 Umschl. mit Seidenfaser .. 30 Pf.	1 Posten Briefblocks Quormal, 50 Blatt stark .. 35 Pf.

HERMANN TIETZ

Sozialistische Erziehung.

Von Fritz Karjen.

Der Kampf um die neue Erziehung ist seit der Jahrhundertwende unter dem vieldeutigen Schlagwort: „vom Kinde aus“ geführt worden. Wir verkennen nicht, welche durchschlagende Kraft dieses Wort im Kampf gegen die Unterjochung des Kindes unter die engen Bindungen der bürgerlichen Gesellschaft bewiesen hat. Aber wir betonen deutlich, daß sozialistische Erziehung ihren Richtungspunkt nicht in dem einzelnen Kind und seiner ungerichteten Entwicklung, sondern in der in und mit ihm werdenden Gesellschaft hat, deren Gestalt es dereinst werden wird. Und als Zeugnis dieser werdenden Gesellschaft nehmen wir jene von uns freudig bejahten Gemeinschaften, die Kinder heute überall, nicht nur in den Montessori-Häusern und Gemeinschaftsschulen, aus eigener Kraft organisieren, wenn sie nicht durch fremden Zwang Erwachsener gehindert werden. Als Zeugnis dieser werdenden Gesellschaft nehmen wir die Äußerungen einer werdenden Erziehung, die sich unter dem Druck allgemeiner Not ebenso von dem Gedanken entfernt, daß die Kinder persönlicher Befehl der über sie allein bestimmenden Eltern sind, wie die Wirtschaft das persönliche Befehlrecht des einzelnen Arbeiters an den von ihm gebrauchten Produktionsmitteln und den entsprechenden Gedanken längst als überlebt aufgegeben hat. Wie dies den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Allgemeinheit nicht mehr entspricht, so haben die Erziehungsnotwendigkeiten unserer Zeit auf dem Weg zum öffentlichen Kindergarten, zur öffentlichen Jugendpflege, zur immer stärkeren Öffentlichkeit der Schule überhaupt als der Gemeinplätze kindlichen und jugendlichen Wachstums geführt. Diese Entwicklung erkennen, bedeutet für die Arbeiterklasse die Forderung, sie tätig zu fördern, damit unsere Kinder nicht Opfer der Entwicklung, auch nicht Zertrümmerer einer als feindselig empfundenen Gesellschaft, sondern Aufbauer der kommenden Gesellschaft werden.

Eine weitere Tendenz der werdenden Gesellschaft ist die Demokratisierung. Trotz des leidenschaftlichen Kampfes der alten Gesellschaft gegen die demokratische Staatsform, gegen die ersten Erzeugnisse der Arbeiterklasse in der Richtung auf eine Demokratisierung der Wirtschaft setzt sich infolge drängender Aufgaben des neuen Staates die Demokratie heute überall durch und verankert sich unmerklich im allgemeinen Bewußtsein.

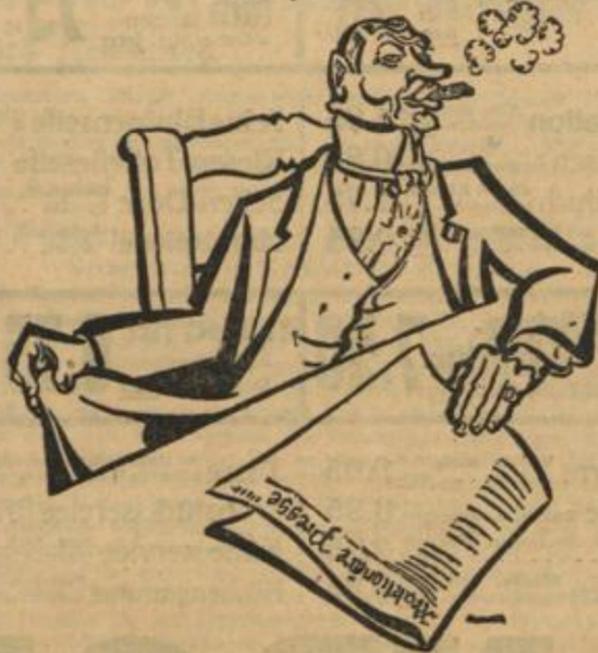
Wer aufmerksam hinsieht, findet diese Tendenz heute auch in der äußeren und inneren Umgestaltung unseres Erziehungswesens. Denn welche andere Kraft treibt vorwärts zur Ausdehnung des Erziehungszwanges auf das vorschulpflichtige Alter, zur Forderung der Einheitschule und der einheitlichen Hochschulbildung der Lehrer, zu der neuen Form der Aufbauschule, die so vielen Proletarierkindern nach Vollendung der Volksschule noch die Möglichkeit der besten Schulbildung und der Universitätsreife gibt, zur Gründung von Kursen für junge Arbeiter, die den Weg zur Hochschule noch erreichen sollen, wie sie in Stuttgart, in Neufölln und Hamburg erstanden sind? — Solange diese Neuerungen alle im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft nur die Förderung des Aufstiegs der Begabten in die nach Erlaß der Kriegsverluste Umschau haltende bürgerliche Gesellschaft meinen, stellen sie uns vor die Aufgabe, sie ihrer eigentlichen Tendenz gemäß erst zu verwirklichen, d. h. sie für die Ausbildung eines jeden durch die Allgemeinheit zum Dienst der Allgemeinheit wirklich fruchtbar zu machen. Daß dazu die erwähnten äußeren Einrichtungen nicht genügen, versteht sich von selbst. Daß aber auch die innere Verwirklichung auf dem Wege ist, erkennt jeder, der etwa auf die Umstellung der zwingenden und strafenden Fürsorgeerziehungsanstalten zu Jugendrepubliken, die auf Selbstverantwortung junger Menschen gestellt werden, sein Augenmerk richtet, oder auf die innere Wandlung in den Gemeinschaftsschulen, wo Lehrplanzwang, Jahresklassen und Zensuren Druck vor dem neuen Geist einer selbstverantwortlichen Jugend in ihrer engen

*) Der Aufsatz folgt dem Gedankengang der soeben erschienenen Schrift von Kurt Kurlow-Löwenstein: Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft. Wien, Jungbrunnenverlag.

Lebensgemeinschaft mit Lehrern und Eltern hat weichen müssen, wo die Welt der Gegenwart mit Lohnkämpfen und ihren politischen Ereignissen an Stelle anderen Lehrstoffes eindringt und von den Kindern selber Klärung im Sinne einer werdenden demokratischen Gesellschaft findet.

Oder man beobachte, wie in der die neue Methodik durchdringenden Forderung der Arbeitsschule sich das veränderte Verhältnis einer werdenden produktiven Gesellschaft zur Arbeit durchsetzt, einer Gesellschaft, die nicht mehr ihre Arbeitskraft als Ware verkauft, in der Arbeit nicht mehr dem Profit des einzelnen, sondern der Befriedigung der mannigfachen menschlichen Bedürfnisse der Allgemeinheit dient; wie solche Forderung ihre Tiefe etwa in dem Neuföllner Versuch der Gartenarbeitsschule oder in der Weihnachts-

Der Genießer.



„Großartig — dieser Artikel über den „rosen Sumpf“
Wenn auch morgen alles widerrufen wird — schön war's doch!“

produktion der Neuföllner Rüsttschule fand, wo Arbeit nicht nur künstlich um ihres sogenannten bildenden Wertes willen verrichtet wurde, sondern ihrer eigentlichen Funktion gemäß dringende Bedürfnisse der Allgemeinheit befriedigte, wie solch ein Arbeits- und Gemeinschaftsleben zur Echtheit in allen Formen künstlerischer Darstellung, in Spiel und Tanz führte und so ein Stück werdende Gesellschaft in den Kindern vorausnahm.

Es würde zu weit führen, hier im einzelnen Löwensteins Gedankengang zu folgen, wenn er an treffenden Beispielen aus seiner Neuföllner Praxis zeigt, wie sich gemeinschaftliches Handeln von Eltern, Lehrern und Schülerschaft unter der Leitung geschickter Verwaltung infolge nicht abzulehnenden äußeren Druckes in der Schulorganisation durchgesetzt hat, wie der Internationalismus heute bereits eine Wirklichkeit ist, die auch unmittelbar in die Schule hineinwirkt, wie der wahre, nicht der romantische Rationalismus heute als Staatsbejahung notwendig schon internationale Tendenzen hat, die ein offener, in die Zukunft weisender Geschichtsunterricht der Jugend aufweisen muß, wie aus der immer zunehmenden Interessenerbindung der Völker der Pazifismus

als eine Vernunftrealität entspringt und in der Schule der Erziehung zu positiv sozialer Leistung eine selbstverständliche Pflege findet, wie die kirchlich religiöse Weihe in unserem ganz weltlichen, diesseitigen Leben keine Stelle mehr hat, wo der den einzelnen behütende, allmächtige Gott vor der Allmacht des objektiven Geistes wissenschaftlicher Erkenntnis hat weichen müssen, wo an Stelle der überweltlichen, persönlich befehlenden Bildung bei dem lebensbedrohenden Zukunftsentscheidungen der Glaube an die in Gemeinschaft zu erfüllenden Aufgaben des Proletariats getreten ist, der stärker bindet als alle Religion der Vergangenheit, der jener Geist der Zukunft ist, der auch die Jugend unserer Schulen über die Weiden des Augenblicks und der Vereinzlung zu festlicher Erhebung emporreißt.

Ueber alle Ergebnisse hinaus ist die Art der Betrachtung vorbildlich. Immer geht Löwenstein von der Analyse des gesellschaftlichen Seins aus, hebt dessen Tendenzen ins Bewußtsein und verlangt ihre bewusste Förderung durch das kämpfende Proletariat. So trennt er sich von jener bürgerlichen Pädagogik, die ohne gesellschaftliche Begründung aus ihrer Ideologie Zwecke setzt, die unbewußt dem Klasseninteresse der Bourgeoisie entspringen und dann Forderungen zu ihrer Erfüllung stellt. Das Buch ist die wichtigste sozialistisch-pädagogische Arbeit, die seit längerer Zeit erschienen ist.

Eine neue Krebsstheorie. Der bekannte deutsche Forscher Professor Warburg vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin hat eine neue Krebsstheorie aufgestellt, die offenbar den Vorzug der größten Fruchtbarkeit für sich hat, da er bei seiner Theorie von den chemischen Kräften der Krebszellen ausgeht. Im allgemeinen hat nämlich das normale Gewebe des menschlichen Körpers die Fähigkeit, Zucker schlecht zu spalten, aber die Menge, die es spalten kann, auch zu verbrennen, wenn ihm Sauerstoff zugeführt wird. Krebsgeschwülste dagegen spalten, sobald sie in Zuckerkörper unter Ausschluß von Sauerstoff gehängt werden, den Zucker zu Milchsäure. Diese Spaltung ist aber keine Verbrennung, denn sie verbraucht keinen Sauerstoff. Nun hat bekanntlich Krebs durch sein intensives Wachstum Ähnlichkeit mit den Embryonen. Das Gewebe der Embryonen aber spaltet zwar auch ähnlich wie der Krebs Zucker in Milchsäure, verbrennt den Zucker aber bei Durchleitung von Sauerstoff fast ganz, während die Krebsgewebe den Zucker nur sehr schlecht verbrennen. Krebsgewebe liefert darum nur den 50. Teil der Energie, während das embryonale Gewebe die freiwerdende Energie voll ausnützt. Es gibt nach diesen Voraussetzungen drei Arten von Geweben: 1. solches, das Zucker reichlich spalten und verbrennen kann, das embryonale, 2. solches, das zwar auch spalten und verbrennen kann, beides aber nur in bescheidenem Umfange: das stationäre Gewebe des Erwachsenen, und schließlich 3. solches, das reichlich spalten, aber kaum verbrennen kann: das ist das Gewebe der bösartigen Geschwülste.

Wenn man nun embryonales Gewebe einige Zeit unter Sauerstoffmangel hält, so kann man ihm seine Fähigkeit, Zucker zu verbrennen, nehmen, und damit gewinnt es die chemischen Charaktereigenschaften, die den bösartigen Geschwülsten eigen sind: es wird chemisch zu Krebsgewebe, das Zucker nur noch spalten, aber nicht mehr verbrennen kann.

Diese Tatsachen bemerkt Warburg, wie Universitätsprofessor Dr. Knoop in der „Umschau“ mitteilt, zur Aufstellung folgender Theorie der Entstehung von Krebsgeschwülsten: In den normalen Geweben, die nur schwach Zucker zu Milchsäure spalten, nimmt Warburg zwei Arten von Zellen an: solche, die gar nicht spalten und daneben differenzierte wachsende Zellen, die einen mehr embryonalen Typus haben und Zucker spalten können. Wächst auf derartige zusammengesetzte Organe nun Sauerstoffmangel — z. B. durch Druck, Bakterien, Sklerose u. ä. — so müssen die Zellen zugrunde gehen, die nur verbrennen können, während die vom embryonalen Typ, die Zucker daneben spalten und so auch ohne Sauerstoff die nötige Energie gewinnen können, erhalten bleiben. Je besser nun alle Zellen, die sich unter diesen Bedingungen bilden, Zucker zu spalten vermögen, um so kräftiger können sie sich entwickeln — und da alle Fähigkeit, Zucker zu verbrennen, im Sauerstoffmangel allmählich ganz erstickt wird, so zeigt bald alles neue Gewebe den Stoffwechsel der Krebszellen: wir haben — chemisch betrachtet — reines Krebsgewebe vor uns.

Diese Theorie, die gewiß nur eine Seite des Krebsproblems behandelt und viele Fragen offen läßt, hat nach Warburg den Vorzug, sich nur auf Tatsachen zu stützen.

Das Glück des Brüller-Lagers.

Von Bret Harie.

„Das verdammte kleine Biest!“ sagte er, als er seinen Finger befreite, mit mehr Zärtlichkeit und Vorsicht vielleicht, als man ihm zugehört hätte. Er hielt diesen Finger ein wenig von den anderen ab, als er hinauszog, und betrachtete ihn neugierig. Diese Prüfung rief dieselbe originelle Bemerkung über das Kind hervor. Es schien ihm wirklich Vergnügen zu machen, sie zu wiederholen.

„Es trabbelte an meinem Finger,“ bemerkte er zu Tipton, indem er den Finger in die Höhe hielt; „das verdammte kleine Biest!“

Es war vier Uhr, als das Lager endlich zur Ruhe ging. Ein Licht brannte in der Hütte, wo die Wächter saßen, denn Stumpy ging diese Nacht nicht zu Bett. Auch Kentuck nicht.

Am nächsten Tage wurde die Therolesen-Sarah bestattet, so einfach, wie es im Brüller-Lager üblich war. Nachdem ihre Leiche dem Hügelabhang übergeben war, versammelte sich das Lager zu einer formellen Besprechung, um zu beraten, was mit dem Kind geschehen sollte. Einmütig und mit Begeisterung wurde beschlossen, es zu adoptieren. Aber eine lebhaftere Diskussion entstand sogleich hinsichtlich der Art und Möglichkeit, für seine Bedürfnisse zu sorgen.

Es war merkwürdig, daß jene heftigen Anzüglichkeiten, mit denen gewöhnlich die Diskussionen im Brüller-Lager geführt wurden, diesmal in der Argumentation völlig fehlten. Tipton schlug vor, das Kind nach dem roten Hund — vierzig Meilen weit — zu schicken, wo es weibliche Pflege finden könnte. Aber dieser unglückliche Antrag stieß auf heftigen und einmütigen Widerspruch. Es lag auf der Hand, daß kein Plan, der eine Trennung von ihrer neuen Akquisition bedingte, auch nur einen Augenblick in Betracht kommen würde.

„Ueberdies,“ sagte Tom Ryder, „würden es die Bürschen im roten Hund vertauschen und uns dafür irgendein anderes auf-laden.“

Das Rüsttrauen in die Ehrlichkeit anderer Lager herrschte im Brüller-Lager ebenso wie an anderen Plätzen. Auch der Vorschlag, eine Wärterin in das Lager zu bringen, stieß auf Widerspruch. Es wurde darauf hingewiesen, daß kein anständiges Frauenzimmer sich würde bewegen lassen, im Brüller-Lager zu wohnen, und der Sprecher bemerkte mit Nachdruck, daß sie „nichts mehr von der anderen Sorte haben wollten“.

Diese unfreundliche Anspielung auf die verstorbene Mutter war, so hart sie auch erscheinen mag, das erste Aufflammen eines

Anstandsgeföhls — das erste Symptom der Biedergeburt des Lagers. Stumpy äußerte nichts. Vielleicht bewog ihn ein gewisses Amtsnachfolgers zu enthalten. Doch als man ihn fragte, behauptete er kühn, daß er und „Jinn“ — das schon erwähnte Säugetier — imstande wären, das Kind aufzuziehen. Es lag etwas Originelles, Unabhängiges und Heroisches in diesem Plan, das dem Lager gefiel. Stumpy wurde in seinem Amt belassen. Man schickte wegen gewisser Gegenstände nach Sacramento.

„Verte dir,“ sagte der Schammeister, als er dem Egypthoten einen Beutel mit Goldstaub in die Hand drückte, „das Beste, was zu haben ist — Spigen, weißt du, und Filigranzug und Krausen — was immer es kostet, hol's der Teufel.“

Es ist seltsam, aber das Kind geblieb. Vielleicht war das kräftigende Klima des Berglagers ein Erlaß für alle materiellen Mängel. Die Natur nahm den Findling an ihre breite Brust. In jener eigenartigen Atmosphäre der Sierrahügel, in jener mit balsamischen Dämpfen gesättigten Luft, jenem überreichen Labfal, das zugleich kräftigt und erheitert, hat er vielleicht Speise und Nahrung gefunden oder jubile chemische Mächte, die die Eiselmilch in Kalk und Phosphor verwandelten. Stumpy neigte zu der Meinung, es sei das letzte und die gute Pflege.

Als das Kind einen Monat alt war, wurde die Notwendigkeit offenbar, ihm einen Namen zu geben. Er war im allgemeinen bekannt gewesen als „das Fickeln“, „Stumpys Junge“, als „der Coyote“ (eine Anspielung auf seine stimmlichen Kräfte) und sogar unter Kentucks zärtlichem Kosenamen „das verdammte kleine Biest“. Aber man fühlte, daß diese Bezeichnungen zu vage und unbefriedigend waren, und sie wurden schließlich unter einem anderen Einfluß wieder fallen gelassen. Spieler und Abenteurer sind gewöhnlich abergläubisch, und Dohurst erklärte eines Tages, das Kind habe dem Brüller-Lager das Glück gebracht. Sowie stand fest, daß sie seit kurzem Erfolg hatten. „Glück“ war der Name, auf den sie sich einigten, und der größeren Bequemlichkeit halber wurde der Vornehme Tommy hinzugefügt. Die Mutter wurde nicht erwähnt und der Vater war unbekannt.

„s ist besser,“ sagte der philosophische Dohurst, „die Partie mit frischen Karten zu beginnen. Kennst ihn Glück und gebt ihm faire Chancen.“

Demgemäß wurde ein Tag für die Taufe festgesetzt. Der Zeremonienmeister war ein gewisser Boston ein bekannter Possenreißer, und die Gelegenheiten schienen den größten Spaß zu versprechen. Dieser feinstünne Satiriker hatte zwei Tage damit verbracht, um eine Travestie der kirchlichen Handlung vorzubereiten, mit scharfen, lokalen Anspielungen. Der Chor war sorgfältig eingeübt und Sandy

Tipton sollte Gevatter stehen. Nachdem jedoch die Prozession mit Musik und Fahnen nach dem Gehölz gezogen und das Kind vor dem Spottaltar niedergelegt worden war, trat Stumpy vor die erwartungsvolle Menge.

„s ist nicht mein Stil, 'nen Spaß zu verderben, Jungens,“ sagte der kleine Mann, mutig in die Gesichter um ihn herum blickend, „aber 's kommt mir so vor, als sei dies Ding da nicht ganz richtig. 's heißt 'n ziemlich schlechtes Spiel mit unserm Baby spielen, wenn wir 's in einen Spaß ziehen, den 's nicht verstehen kann. Und wenn 's irgendwelche Gevattern geben soll, so möcht' ich sehen, wer mehr Recht darauf hat als ich.“

Ein Schweigen folgte auf Stumpys Rede. Zur Ehre aller Humoristen sei gesagt, daß der erste, der ihm recht gab, der Satiriker war, dem so sein Spaß verdorben wurde.

„Aber,“ sagte Stumpy rasch, seinen Vorteil wahrnehmend, „wir sind hier zu 'ner Taufe, wir wollen sie haben. Ich nenne dich Thomas Glück, gemäß den Gesetzen der Vereinigten Staaten und des Staates Kalifornien, so wahr mir Gott helfe!“

Und so begann das Werk der Biedergeburt im Brüller-Lager. Fast unmerklich kam eine Wandlung über das Lager. Die Hütte, die Tommy Glück — oder „das Glück“, wie er weit öfter genannt wurde — erhalten hatte, zeigte zuerst Spuren von Verbesserung. Sie wurde peinlich sauber und weiß gehalten. Dann wurde sie gediebt, tapeziert und geschmückt. Die Wiege von Rosenholz — achtzig Meilen weit auf Kaultieren herbeigeht — hatte, wie Stumpy es ausdrückte, „die übrigen Möbel umgebracht!“ So wurde die Restauration der Hütte eine Notwendigkeit. Die Leute, die gewohnheitsmäßig bei Stumpy vorsprachen, um zu sehen, wie es dem Glück gehe, schienen die Veränderung zu würdigen, und das rivalisierende Etablisement raffte sich in der Notwehr auf und importierte einen Teppich und Spiegel. Die Wirkung des letzteren auf das Aussehen des Brüller-Lagers war detart, daß sie strengere Wohnheiten in bezug auf persönliche Sauberkeit erzeugte. Ferner legte Stumpy jenen, die nach der Ehre und dem Privilegium trachteten, „das Glück“ auf den Armen halten zu dürfen, eine Art Quantität auf. Es war eine grausame Strafe für Kentuck — der mit der Sorglosigkeit einer großzügigen Natur und nach den Wohnheiten des Grenzlebens angefangen hatte, jede Kleidung als eine zweite Haut zu betrachten, die gleich der einer Schlange nur abgetreift wird, wenn sie zerfällt —, daß er aus gewissen vernünftigen Gründen von diesem Privilegium ausgeschlossen war. Doch hatte die Renewal einen so tiefen Einfluß, daß er von nun an regelmäßig jeden Nachmittag in einem reinen Hemd erschien und mit einem Gesicht, das noch vom Waschen glänzte.

(Schluß folgt.)

